

SOLIDARITÄT, NICHT AUSTERITÄT!

EU-Krisenpolitik, EZB & europaweiter Widerstand

-
1. Krise und neoliberale Chance – die Rolle von Troika und EZB S. 1
 2. Austerity kills – der harte Alltag der Krisenpolitik S. 4
 3. Keine Demokratie, nirgends – autoritäre Politik, rechte Reflexe S. 7
 4. Alternativen – krisenpolitische Forderungen von Attac S. 10
 5. Solidarity beyond borders – europaweiter Widerstand S. 13
 6. Dabei sein, mitmachen – wo kann ich aktiv werden? S. 16
-



Projektgruppe Eurokrise

Einleitung

Diese Broschüre soll Interessierten und Aktiven, zum Beispiel in den Attac-Gruppen, eine aktuelle und sehr kurzgefasste Diskussionsgrundlage zur Entwicklung der gegenwärtigen schweren Krise, zu Alternativen und Protesten und zum Mitmachen in Attac zur Verfügung stellen.

Zwei Anmerkungen: Die Broschüre konzentriert sich ganz überwiegend auf Europa, obwohl die Krise in ihren Ursachen und in ihren Auswirkungen, besonders auch auf die Länder im Süden der Welt, global ist. Alle wirksamen Alternativen denken Solidarität und handelnde Akteure weltweit, über den Raum Europa hinaus. Und der Text ist ein Work in Progress, Teil eines Diskussionsprozesses der Projektgruppe Eurokrise und in Attac, zu dem wir einladen. Wo besonders kontroverse Positionen bestehen, haben wir sie nebeneinander gestellt.

Die ersten drei Kapitel dieser Broschüre sind Krisenanalyse: Wie kam es zur Krise und welche Logik steht hinter der Austeritätspolitik der Troika inklusive EZB? Welche Folgen hat diese Krisenpolitik im Alltag? Warum führt sie zu weiterem Demokratieabbau?

Die zweite Hälfte fragt, was wir tun können: Welche Forderungen vertritt Attac? Wie wächst vielfältiger Widerstand europaweit zusammen, welche Herausforderungen und Fragen gibt es dabei? Und wo in Attac kann ich mitmachen, wenn ich aktiv werden will?

Jetzt gemeinsam aktiv zu werden ist nötig, denn die Krise ist nicht vorbei. Die EU-Krisenpolitik will angeblich öffentliche Haushalte stabilisieren, tatsächlich sichert sie große Investitionen, Standortkonkurrenz und neue Absatzmärkte. Die in den letzten Jahren geschaffenen Instrumente von „Schuldenbremsen“, „Stabilitätsfonds“, „Fiskal- und Wettbewerbspakten“ überlassen die meisten Menschen in ihrem Alltag sozialer Unsicherheit und zunehmender materieller Not. Diese sogenannte Austeritätspolitik tötet. Was in Südeuropa geschieht, dient dabei als Modell für den neoliberalen und autoritären Umbau ganz Europas. Unter dem Einfluss der Bundesregierung zwingt die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds europäischen „Krisenländern“ Strukturanpassungsprogramme auf, die denen ähneln, die schon in den 80er-Jahren die arm gemachten Länder des Südens ausplünderten.

Gleichzeitig wird die EU-Krisenpolitik zunehmend autoritär durchgesetzt, Wirtschaftslobbys bekommen mehr Einfluss. Die Regierungen der EU gefährden damit die Chancen für ein solidarisches und demokratisches Europa. Auf dem Boden dieser Politik bekommen rechtspopulistische und neofaschistische Organisationen überall Zulauf. Sie bedienen diffuse Ängste, propagieren die Abschottung des Nationalstaats im Interesse von „Volk, Familie, Elite“ und richten sich gegen alle, die ihnen für „unsere“ Wirtschaft unnütz erscheinen – das können dann wahlweise Südeuropäer_innen, Geflüchtete und Migrant_innen oder Erwerbslose sein. Mit der Dublin-Verordnung und dem tödlichen Frontex-Regime schottet sich die EU gegen die Folgen ihrer eigenen Wirtschafts- und Handelspolitik ab. Rassistische Ausgrenzung und Entrechtung nehmen zu.

1

Krise und neoliberale Chance – die Rolle von Troika und EZB

Die Folgen der jüngsten globalen Finanz- und Wirtschaftskrise lasten gerade auf den europäischen Gesellschaften immer noch schwer. 2012 und 2013 ist das Sozialprodukt in der Eurozone geschrumpft, 2014 stagniert es und auch für die kommende Periode sind die Aussichten in Europa besonders trübe, wie selbst der Internationale Währungsfonds (IWF) in seinem Ausblick auf die Entwicklung der Weltwirtschaft kürzlich festgestellt hat. Die anhaltend niedrigen Zinsen zeigen, dass die erwarteten Profite niedrig sind und daher die Investitionsbereitschaft der Kapitaleigner gering ist. Die Europäische Zentralbank (EZB) ergreift zwar immer wieder neue Maßnahmen, um Geld in den Wirtschaftskreislauf zu pumpen. Sie hat die Zinsen, zu denen sich die Banken bei ihrer Refinanzierung können, fast auf null gesenkt; sie hat den Banken in großem Umfang Wertpapiere abgekauft, die sonst niemand mehr haben wollte; sie hat versprochen, notfalls unbegrenzt die Staatsanleihen jener Länder aufzukaufen, die sich ansonsten nur noch zu untragbar hohen Zinssätzen refinanzieren können. Doch all diese Maßnahmen haben nicht dazu geführt, dass die Banken mehr Kredite an die Unternehmen vergeben und dass die Unternehmen mehr investieren, geschweige denn neue Arbeitsplätze schaffen.

Um die lange Dauer der Krise in Europa zu verstehen, ist es notwendig, sich deren Ursachen zu vergegenwärtigen. Die Dynamik der für die kapitalistische Produktionsweise charakteristischen zyklischen Krisen, die etwa alle zehn Jahre stattfinden, wird durch strukturelle Entwicklungen wie zum Beispiel die Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte seit den 70er-Jahren überlagert und verstärkt. Hinzu kommen die Widersprüche der europäischen Integration und die Austeritätspolitik, die den Binnenmarkt zerstört und so die Krise verlängert.

Die Widersprüche der kapitalistischen Produktion Für die heutigen Gesellschaften ist charakteristisch, dass ein Großteil der Arbeitsprodukte die Form von Waren annimmt. Dies bedeutet: Die Produzenten produzieren privat, in Unternehmen, die ihre Entscheidungen nicht vorab aufeinander abstimmen. Erst durch den Austausch der Arbeitsprodukte als Waren auf dem Markt gegen Geld wird der gesellschaftliche Zusammenhang der Produzenten hergestellt, und erst dann erweist sich, ob es für die privat verausgabte Arbeit irgendeinen gesellschaftlichen Bedarf in Form zahlungsfähiger Nachfrage gab. Die Waren müssen zwar für irgendjemand nützlich sein, um verkauft werden zu können, aber die Produzenten selbst sind nicht an dem Gebrauchswert ihrer Waren interessiert, sondern an deren Tauschwert. Man muss in der Regel etwas verkaufen können (und sei es nur die eigene Arbeitskraft), um zu kaufen. Aber niemand muss sofort kaufen, bloß weil er verkauft hat. Verkäufe und Käufe können zeitlich und räumlich auseinanderfallen. Schon daraus resultiert die Möglichkeit von Krisen.

Geld als Erscheinungsform des Werts der Waren dient nicht nur als Mittel für deren Austausch, sondern ist selbst Ziel der Produktion, es fungiert als Kapital. Kapitaleigner_innen investieren, um aus Geld mehr Geld zu machen, um ihr Kapital zu verwerthen. Ziel der kapitalistischen Produktion ist nicht die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen, sondern der Profit. Die Bedürfnisse sind selbst nur Mittel, um dieses Ziel zu erreichen. Die Kapitalverwertung ist prinzipiell maßlos und endlos. Sie beruht auf der Ausbeutung der Lohnarbeiter_innen. Diese produzieren Waren in einem Wert, der höher ist, als der Wert, den sie selbst in Form des Lohnes für die Reproduktion ihrer Arbeitskraft erhalten. Die Differenz streicht der Kapitaleigner, der die Arbeitskraft des Lohnarbeiters gekauft hat, als Profit ein.

Durch die Konkurrenz sind die Unternehmen gezwungen, ständig die Kosten zu senken und die Ausbeutung der Arbeitskräfte zu erhöhen, indem sie nach Möglichkeit die Arbeitszeit verlängern, die Löhne senken und durch den Einsatz neuer Technologien Arbeitskraft einsparen, Arbeiter_innen durch Maschinen ersetzen. Durch die ständige Umwälzung des Produktionsprozesses wird die Arbeitsproduktivität erhöht und die Produktionskapazität gesteigert. Dieselbe Warenmenge kann mit immer weniger Arbeitskräften produziert werden, bzw. mit dem gleichen Arbeitseinsatz können immer mehr Waren produziert werden. Der kapitalistischen Produktion wohnt damit nicht nur ein Wachstumszwang inne, sondern auch ein Widerspruch zwischen den Bedingungen der Produktion und den Bedingungen der Realisierung des Werts der produzierten Waren, den Bedingungen des Verbrauchs. Denn in dem gleichen konkurrenzgetriebenen Prozess wird einerseits die Produktion ständig ausgeweitet und andererseits die zahlungsfähige Nachfrage beschränkt. Dieser Widerspruch führt zu periodischen Krisen, die durch Kapitalvernichtung gelöst werden.

Durch die Kreditverhältnisse, die mit der kapitalistischen Produktion notwendig verbunden sind, wird dieser Widerspruch einerseits entschärft, andererseits gesteigert. Der Kredit erlaubt es für eine bestimmte Zeit, zu kaufen, ohne zu zahlen, zu produzieren, ohne auf die zahlungsfähige Nachfrage Rücksicht zu nehmen. Die Rechtsansprüche auf zukünftige Zahlungen werden in Form von Wertpapieren selbst zu handelbaren Waren, auf deren Preisänderungen spekuliert wird, sie werden also zu fiktivem Kapital. Die Antizipation zukünftiger Kapitalverwertung durch die Vergabe von Krediten und deren Umwandlung in fiktives Kapital erlaubt es heute schon, die Produktion weiter zu steigern. Doch die Verwertungsansprüche der Kapitaleigner und die realen Verwertungsmöglichkeiten, die Formen des produktiven und des fiktiven Kapitals können sich so weit gegeneinander verselbstständigen, dass daraus selbst wieder eine Quelle von Krisen wird.

Kleine Krisen können im Rahmen der jeweils existierenden Regulationsweise des Kapitalismus durch kleinere Anpassungsprozesse überwunden werden. Große Krisen wie die Weltwirtschaftskrise der 30er-Jahre oder

die Krise der 70er-Jahre erfordern dagegen einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbau, bevor es zu einem neuen Aufschwung der Kapitalakkumulation kommt. Die Weltwirtschaftskrise der 30er-Jahre wurde erst durch die Entstehung einer neuen Entwicklungsweise in den kapitalistischen Zentren überwunden, die unter anderem auf der standardisierten und zunehmend mechanisierten Massenproduktion von langlebigen Konsumgütern wie Automobilen und Haushaltsgeräten, der Anerkennung der Gewerkschaften durch die Unternehmer, regelmäßigen Tarifverhandlungen und dem Ausbau des Sozialstaats beruhte. Die dadurch ermöglichte enge Verbindung von Produktivitäts- und Lohnzuwachsen, von Massenproduktion und -konsum geriet jedoch bereits Ende der 60er-Jahre in die Krise. Die Produktivitätszuwächse, die durch die immer stärkere Zergliederung und Mechanisierung des Arbeitsprozesses erreichbar waren, waren rückläufig. Arbeiter_innen rebellierten gegen die Arbeitshetze mit wilden Streiks, Sabotage und Absentismus. Die Märkte für Autos und Haushaltsgeräte in den kapitalistischen Zentren waren zunehmend gesättigt. Die Profitraten sanken. Erneut war ein grundlegender gesellschaftlicher Umbau notwendig, um die Krise des Kapitalismus zu bewältigen: dies war die Stunde des Neoliberalismus, der Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte, der Globalisierung, der „Akkumulation durch Enteignung“ (David Harvey).

Sinkende Löhne, Verschuldung und schwache Nachfrage

Die Lohnquoten in Nordamerika, Westeuropa und Japan sinken seit Mitte der 70er-Jahre, der Anteil der Lohnabhängigen an dem von ihnen produzierten Reichtum ist immer weiter geschrumpft, während der Anteil der Kapitaleigner_innen gewachsen ist. Die Restrukturierung der Produktion, Produktionsverlagerungen an Niedriglohnstandorte, wachsende Massenarbeitslosigkeit, die Prekariisierung der Beschäftigungsverhältnisse, die Schwächung der Gewerkschaften, die Abnahme der Tarifbindung und neoliberale Politik haben maßgeblich dazu beigetragen. Die Reallöhne der ärmeren Schichten sind gesunken, ihre Kaufkraft hat also abgenommen. Viele mussten sich verschulden, um die elementarsten Lebensbedürfnisse befriedigen zu können. Durch die Ausweitung der Verschuldung der privaten Haushalte konnte der Massenkonsum über Jahre in Gang gehalten werden. Doch die jüngste Krise zeigt, dass genau diese Entwicklung an Grenzen stößt. Sie begann 2006 im US-amerikanischen Hypothekenmarkt, weil immer mehr Menschen überschuldet und zu den Zins- und Tilgungszahlungen für ihre Hypothekenkredite nicht mehr fähig waren.

Die Umverteilung zu Ungunsten der Lohnabhängigen verstärkt die Tendenz zur Überproduktion, weil die zahlungsfähige Nachfrage von Seiten der Lohnabhängigen dadurch eingeschnürt wird. Dass dies überhaupt so lange durch eine Ausweitung der Kredite an die privaten Haushalte kompensiert werden konnte, hängt wesentlich mit der Deregulierung und Liberalisierung der Finanz-

märkte zusammen, durch die Finanzinnovationen möglich wurden, mit denen es gelang, das enorme Ausmaß der Verschuldung lange zu verbergen und die Risiken von Zahlungsausfällen immer stärker zu vergesellschaften. Die wachsende Verschuldung betrifft übrigens nicht nur die privaten Haushalte, sondern auch die Unternehmen und die öffentlichen Haushalte. Der Finanzmarktkapitalismus kann sich nur durch eine wachsende Verschuldung reproduzieren: Wo Schuldner_innen sind, sind auch Gläubiger_innen. Kehrseite dieser gigantischen Verschuldung ist der enorme private Reichtum, der sich in relativ wenigen Händen konzentriert. Doch die zunehmende Diskrepanz zwischen den Einkommen der Lohnabhängigen und der Kapitaleigner_innen, zwischen den wachsenden Ansprüchen der Gläubiger_innen und der begrenzten Zahlungsfähigkeit der Schuldner_innen musste irgendwann zu Problemen führen.

Von der Kreditfinanzierung zur Bankenkrise

Im Juli 2007 erfasste die Krise dann auch den Interbankenmarkt: Die Banken vertrauten sich wechselseitig nicht mehr und waren nicht bereit, sich gegenseitig Kredite zu geben, nachdem mehrere Banken, die stark in den Handel mit verbrieften zweitklassigen Hypotheken verwickelt waren, zahlungsunfähig wurden. Obwohl von Anfang an auch deutsche Banken wie die IKB und die Sachsen LB davon betroffen waren, beharrte die deutsche Regierung noch bis zum Herbst 2008, als die globale Finanzkrise auf ihren Höhepunkt zusteuerte, darauf, es handele sich um eine „amerikanische“ Krise.

Spätestens nach dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers konnte jedoch niemand mehr die Augen vor der globalen Krise verschließen, die nicht auf den Finanzsektor beschränkt blieb, sondern mit dem größten Einbruch der Produktion seit der Weltwirtschaftskrise der 30er-Jahre einherging. Die Regierungen mobilisierten in der EU ebenso wie in den USA Hunderte von Milliarden Euro und US-Dollar, um marode Banken zahlungsfähig zu halten. Auch industrielle Unternehmen wurden mit Konjunkturpaketen gestützt, die allerdings im Umfang wesentlich geringer waren als die Maßnahmen zur Bankenrettung. Maßnahmen wie die Abwrackprämie zeigen, dass soziale und ökologische Gesichtspunkte dabei zumindest in Deutschland keine Rolle spielten. Es ging einfach darum, die deutschen Schlüsselindustrien zu subventionieren, um die Rezession zu dämpfen. Dort, wo es nicht vorwiegend um die Arbeitsplätze gewerkschaftlich gut organisierter Männer ging, griff der Staat auch nicht ein, wie etwa bei Karstadt-Quelle oder bei Schlecker.

Es liegt in der Natur kapitalistischer Krisen, dass Kapital vernichtet wird, dass die Arbeitslosigkeit und die Sozialausgaben steigen, die Steuereinnahmen einbrechen und die staatlichen Haushaltsdefizite zunehmen. Die Zunahme der Staatsverschuldung wurde durch die enormen Ausgaben für die Bankenrettung und die Unterstützung der Industrie noch verstärkt. Einige Staaten wie Griechenland, Portugal oder Irland gerieten dabei in eine Refinanzierungskrise, da die Finanzinvestor_innen nicht mehr

bereit waren, die Staatsanleihen dieser Länder zu kaufen, oder wenn doch, dann nur zu untragbar hohen Zinsen. Die Investor_innen verloren das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit dieser Länder.

Verantwortung der Gläubiger

Dass dies gerade Länder der Eurozone betraf, ist kein Zufall, denn nun traten die inneren Widersprüche der europäischen Integration zutage, die die Wirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise in der EU noch verstärkten. Der gemeinsame Markt und erst recht die gemeinsame Währung haben die Standortkonkurrenz in Europa enorm verschärft. In dieser Standortkonkurrenz stehen sich jedoch vollkommen unterschiedliche Länder gegenüber: Länder mit einer breit gefächerten Industriestruktur wie Deutschland und Länder, die kaum über global konkurrenzfähige Industrien verfügen; Länder, in denen die Märkte für langlebige Konsumgüter weitgehend gesättigt sind, und Länder, in denen es aufgrund niedriger Pro-Kopf-Einkommen noch Nachholbedarf bei der Verwirklichung der üblichen Konsumnormen gibt; Länder, in denen es mehr anlagensuchendes Kapital als ausreichend profitable Anlagemöglichkeiten gibt, die folglich Kapital exportieren, und Länder, die von Kapitalzuflüssen abhängig sind. In den Jahren vor der Krise wiesen periphere EU-Länder wie Griechenland oder Spanien hohe Kapitalzuflüsse auf. Das Lohnniveau war dort geringer, die durchschnittliche Profitabilität des Kapitals und die Wachstumsrate des Sozialprodukts höher als in Deutschland. Die internationalen Kapitalflüsse führten tatsächlich zu einer Konvergenz der Pro-Kopf-Einkommen in der Eurozone, allerdings um den Preis zunehmender Ungleichgewichte in den Kapital- und Leistungsbilanzen, also wachsender außenwirtschaftlicher Instabilität. Dies wurde vom Mainstream der Ökonomen jedoch nicht als problematisch angesehen. Die Kapital- und Leistungsbilanzungleichgewichte galten vielmehr als vorübergehende und notwendige Begleiterscheinung des Konvergenzprozesses.

Heute argumentieren die gleichen Ökonomen ganz anders: Die Länder mit Leistungsbilanzdefiziten hätten über ihre Verhältnisse gelebt, seien nicht wettbewerbsfähig, müssten also sparen und die Löhne senken. Die Leistungsbilanzdefizite gelten als Folge zu niedriger Warenexporte bzw. zu hoher Warenimporte, aber nicht als Folge der Kapitalexporte Deutschlands und anderer Kapital exportierender Länder. Nicht die Kreditgeber, etwa deutsche und französische Banken, werden für die Überdehnung der Kreditverhältnisse verantwortlich gemacht, sondern ausschließlich die Kreditnehmer.

Der bisherige Modus der europäischen Integration erweist sich zunehmend selbst als Problem. Es handelt sich um eine vorwiegend monetäre bzw. eine negative Integration, die auf der wechselseitigen Anerkennung der unterschiedlichen Standards der Arbeits- und Lebensbedingungen in den EU-Ländern beruht. Es gibt keine ausreichenden Ausgleichsmechanismen, die der zunehmend ungleichen Entwicklung entgegenwirken könnten,

weder eine gemeinsame Steuerpolitik noch eine gemeinsame Tarifpolitik der europäischen Gewerkschaften. Die fiskalpolitische Kapazität und die industrie- und strukturpolitischen Instrumente der EU sind im Vergleich zu den Herausforderungen bei der Herstellung einheitlicher Lebensbedingungen minimal, von der Umsetzung sozialer und ökologischer Ziele ganz zu schweigen.

Spare in der Not?

Wer geglaubt hatte, dass die Bankenrettungs- und Konjunkturpakete eine Abkehr von neoliberaler Politik bedeuten könnten, wurde spätestens durch die Austeritätspolitik, die die Regierungen der EU und die Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) durchsetzten, eines Besseren belehrt. Die deutsche Regierung übernahm dabei eine Führungsrolle. Sie forderte schon im Herbst 2009, weniger als ein Jahr nach der Verabschiedung der großen Bankenrettungs- und der eher bescheidenen Konjunkturpakete, die Rückkehr zur Sparpolitik, um die wachsenden Haushaltsdefizite und die steigende Staatsverschuldung einzudämmen. Die Austeritätspolitik zielt aber nicht nur auf ausgeglichene Staatshaushalte. Es geht auch darum, die Konkurrenzfähigkeit der international orientierten Großunternehmen in der EU zu fördern. Zu diesem Zweck sollen die Löhne und Sozialausgaben insgesamt gesenkt werden. Im Grunde haben die Memoranden von EU-Kommission, EZB und IWF Forderungen aufgegriffen, die von den führenden Unternehmensverbänden in den betroffenen Ländern schon seit langem erhoben wurden, die aber vor der Krise nicht durchsetzbar waren. Die Krise ermöglichte es zum Beispiel, Tarifverträge in Griechenland weitgehend abzuschaffen. Die Zerstörung des Binnenmarktes und der Bankrott von Hunderttausenden vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen wurden dabei als Kollateralschaden der Austeritätspolitik in Kauf genommen. Die überlebenden Unternehmen teilen sich den Markt neu auf. Insbesondere das deutsche Kapital erscheint in diesem Prozess als Krisengewinner. Mit der Austeritätspolitik wurde auch eine neue Welle der Privatisierung von öffentlichem Eigentum eingeleitet. Damit wurden neue Spielräume für private Kapitalanlagen auf Kosten der großen Mehrheit der Bevölkerung geschaffen.

Die EZB –

zu schwach, zu spät und Akteur der Troika

Die EZB ist in der Krise nicht umsonst in die Kritik geraten. Hätte sie bereits Ende 2009 oder Anfang 2010 die Staatsanleihen Griechenlands und anderer Länder mit Finanzierungsschwierigkeiten aufgekauft, so hätte die Zuspitzung der Krise in der Eurozone möglicherweise ganz vermieden werden können. Das lange Zögern der europäischen Regierungen und der EZB, vor allem aber die anhaltende Weigerung der deutschen Regierung und der Bundesbank, Griechenland und anderen Partnerländern in der EU zur Hilfe zu kommen, haben maßgeblich zur Verschärfung der Krise beigetragen. Noch im

Frühjahr und Sommer 2011 schätzte die EZB die Lage völlig falsch ein und erhöhte zweimal die Leitzinsen, die sie bald darauf wieder senken musste. Erst die Ankündigung des neuen EZB-Chefs Mario Draghi im Sommer 2012, notfalls unbegrenzt die Staatsanleihen jener Länder aufzukaufen, die in Refinanzierungsschwierigkeiten geraten, führte zur Beruhigung der Finanzinvestoren und zu einem Rückgang der Zinssätze für die Staatsanleihen der Krisenländer. Doch auch dieses Versprechen der EZB, das im Übrigen bis heute nicht eingelöst wurde, war inkonsequent. Denn die Zusage, Staatsanleihen notfalls unbegrenzt aufzukaufen, gilt nur für Länder, die Hilfen im Rahmen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) oder des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in Anspruch nehmen, die wiederum mit Anpassungsprogrammen verbunden sind, die mit der Troika vereinbart wurden. Mit anderen Worten: Die EZB hilft allenfalls jenen Ländern, denen sie im gleichen Zuge die Austeritätspolitik aufzwingt.

Die EZB kann auch schon aufgrund ihrer durch und durch neoliberal geprägten Verfassung gar nicht als lender of last resort für kriselnde Staaten fungieren: Die direkte Staatsfinanzierung ist ihr untersagt. Auf dem Sekundärmarkt, also dem Marktsegment, auf dem Staatsanleihen nach der Herausgabe durch den entsprechenden Staat zwischen Investoren gehandelt werden, darf die EZB nur agieren, um damit ihre geldpolitischen Ziele zu verfolgen. Dies unterscheidet die EZB von anderen bedeutenden Zentralbanken wie der US-amerikanischen Federal Reserve und der Bank of England. Im Gegensatz zu diesen ist bei der EZB die Preisstabilität als oberstes Ziel der Geldpolitik festgeschrieben, die EZB darf also andere, etwa beschäftigungspolitische Ziele allenfalls nachrangig verfolgen. Schließlich ist auch die Unabhängigkeit der EZB von politischer Einflussnahme festgeschrieben, eine Regelung, die sie von demokratischer Kontrolle abschirmen soll, um sicher zu stellen, dass sie ausschließlich Kapitalinteressen dient. Diese restriktiven Regelungen, die in den EU-Verträgen verankert sind, haben die EZB freilich nicht davon abgehalten, über die Grenzen ihres Mandats hinauszugehen und als Teil der Troika eine Politik zu verfolgen, für die sie in keiner Weise demokratisch legitimiert ist.

Obwohl die EZB formell nur eine beratende Rolle in der Troika einnahm, setzte sie ihr ganzes Machtpotenzial ein, um die Austeritätspolitik in der Eurozone durchzusetzen. In mehreren Fällen wurden Briefe der EZB an Regierungen bekannt, in denen sie ganz konkrete Maßnahmen wie die Senkung von Mindestlöhnen, Entlassungen im öffentlichen Dienst, weitreichende Privatisierungen oder die Abschaffung von Arbeiterrechten forderte und drohte, die Refinanzierung der Banken der betroffenen Länder einzustellen. Die Troika wird deshalb, zum Beispiel durch das Blockupy-Bündnis, gerade auch als Akteur der Troika scharf kritisiert.

Die herrschende Politik war und ist blind für die immanenten Widersprüche der europäischen Integration, die ungleiche Entwicklung, die mit dem Kapitalismus

notwendigerweise verbunden ist, die Defizite der Europäischen Währungsunion, die als rein monetäre Integration ohne starke demokratische, arbeitsmarkt-, wirtschafts- und sozialpolitische Integration nicht bestehen kann. Die herrschende Politik ist auch blind für die wirklichen Ursachen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Widersprüche von Lohnarbeit und Kapital, von zunehmender Vergesellschaftung der Produktion und privater Aneignung, die jahrzehntelange Umverteilung zulasten der Lohnabhängigen, die Tendenzen der Überproduktion, die wachsende Instabilität, die mit der Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte verbunden ist, sind nicht ihr Thema. Die europäische Krisenpolitik ist allerdings sehr effektiv, um die Reichen reicher und die Armen ärmer zu machen. Der Preis, den die große Mehrheit der Bevölkerung für diese höchste und letzte Stufe des autoritären Neoliberalismus zu bezahlen hat, ist hoch und steigt weiter. Austerity kills!

2

Austerity kills – der harte Alltag der Krisenpolitik

Auch in Deutschland wächst die Vermögens- und Einkommensungleichheit und ist für viele die Krise in ihren sozialen Auswirkungen zunehmend spürbar, besonders für diejenigen, die schon zuvor von Hartz IV oder Mietwucher betroffen waren. Die Austeritätspolitik der Troika dient als Modell für den Umbau ganz Europas. In den von der Krisen am meisten betroffenen Ländern hat diese Politik aber schon jetzt für immer mehr Menschen derart gravierende Folgen, die bis zum Tod reichen können, dass tatsächlich gilt: Austerität tötet.

Arbeitslosigkeit

Am augenscheinlichsten ist die hohe Arbeitslosigkeit, vor allem bei Jugendlichen, die in manchen Ländern bei über 50 Prozent liegt. Aufgrund der unsicheren wirtschaftlichen Lage stellen viele Firmen keine neuen Mitarbeiter_innen mehr ein, was vor allem junge Menschen trifft, die so den Einstieg ins Berufsleben verpassen, obwohl sie zur am besten ausgebildeten Generation zählen, die es dort je gab. Wer trotzdem das Glück hat, einen der wenigen angebotenen Arbeitsplätze zu ergattern, findet sich in der Regel in einem äußerst unsicheren Arbeitsverhältnis mit extrem niedrigen Löhnen wieder. In vielen Unternehmen werden teilweise auch über viele Monate gar keine Löhne bezahlt. Kein Wunder also, dass viele, wenn sie sich im Ausland bessere berufliche Chancen ausrechnen, das Land verlassen. Für die Wirtschaft der betroffenen Länder führt das aber auch zu einem gravierenden Problem, denn es sind häufig die am besten Ausgebildeten und Flexibelsten, die gehen, die aber auch in der Heimat gebraucht würden, um die Wirtschaftskrise zu überwinden.

Zusammenbruch der Sozialsysteme, Zwangsräumungen, Situation der Frauen

In keinem der von der Austeritätspolitik am schwersten betroffenen Länder gibt es einen Sozialstaat, dessen Leistungen sich mit dem Niveau in Deutschland messen könnten, das ja oft auch nicht einmal für die notwendigsten Dinge reicht. Wer arbeitslos wird, bekommt mit Glück noch ein paar Monate ein geringes Arbeitslosengeld und ist dann auf sich allein gestellt, wenn es keine Familie oder Freunde gibt, die einen in dieser Lage auffangen können. Mit dem Verlust des Einkommens droht zum Beispiel in Griechenland der Verlust der Krankenversicherung, in Spanien hat die Zahl der Zwangsräumungen enorm zugenommen. Wer an einer chronischen Krankheit wie Diabetes oder einer Herzkrankheit leidet, kann sich spätestens dann keine Medikamente mehr leisten.

Wer kein festes Dach mehr über dem Kopf hat und bei Wind und Wetter auf der Straße leben muss oder bei Krankheit keinen Zugang mehr zu einer vernünftigen Gesundheitsversorgung hat, stirbt auch früher. Auch wenn es in vielen Ländern mittlerweile Netzwerke gibt, die versuchen, die allergrößte Not zu lindern, reichen deren Kapazitäten bei weitem nicht aus, um den tatsächlich notwendigen Bedarf an sozialen Dienstleistungen zu decken.

Häufig sind von all diesen Problemen Frauen besonders hart betroffen, da sie traditionell oft diejenigen sind, denen die sogenannte Sorgearbeit obliegt und die deshalb noch einmal besonders stark gefordert sind, sich trotz der widrigen wirtschaftlichen Lage bestmöglich um Kinder und andere hilfsbedürftige Familienangehörige zu kümmern. Wie verzweifelt die Lage in vielen Familien mittlerweile ist, kann man schon allein daran sehen, dass es immer wieder Berichte gibt, dass Eltern versuchen, ihre Kinder in Waisenhäusern unterzubringen, da sie nicht mehr wissen, wie sie sie versorgen sollen.

Ausgrenzung von Migrant_innen, Rassismus

Am schlimmsten leiden meist diejenigen unter der Krise, die ohnehin schon am unteren Ende der sozialen Hierarchie leben müssen. Eine der größten Gruppen, die das betrifft, sind Migrant_innen. Sie verlieren nicht nur als erstes ihre ohnehin nicht besonders attraktiven Jobs, sondern werden oft von der Mehrheitsgesellschaft zu Sündenböcken für die Krise abgestempelt oder als zusätzliche Kostgänger_innen angesehen, die man sich in der aktuellen Lage nicht mehr leisten will. In einigen Ländern wie zum Beispiel Griechenland kam es in Folge der Krise zu einem starken Anstieg rechtsradikaler Einstellungen und regelrechten Hetzjagden auf Migrant_innen. Auch der staatliche Repressionsdruck auf Menschen, die sich ohne entsprechende Papiere in der EU aufhalten, wächst, ganz zu schweigen von den durch die EU-Politik (Frontex) immer undurchlässiger gemachten EU-Außengrenzen, die für viele Migrant_innen die Fahrt zum Traumziel Europa zu einem tödlich endenden Abenteuer machen.

Entwicklung in Osteuropa

Beim Blick auf die Folgen der Finanzkrise in Europa darf auch nicht vergessen werden, dass die Krise nicht nur Eurostaaten betrifft. Auch in vielen osteuropäischen Ländern wie den baltischen Staaten, Ungarn, Rumänien und Bulgarien wird seit etlichen Jahren, nicht zuletzt auf Grund des Drucks der EU und des IWF, eine rigide Sparpolitik mit ähnlichen Folgen wie in Südeuropa betrieben. Dort trifft sie nun meist Menschen, die schon vor der Krise einen viel niedrigeren Lebensstandard hatten als die Menschen in den südlichen Staaten der Eurozone. Und selbst in den Ländern, die von der Krise weitgehend verschont geblieben sind oder deren direkte Folgen nicht ganz so dramatisch zu spüren bekommen haben, steigt die Kluft zwischen Arm und Reich immer mehr.

Alltag in Portugal

Vor drei Jahren begann die portugiesische Regierung mit der Durchführung der von der Troika auferlegten Spardiktate, inzwischen ist der Sozialstaat weitgehend abgebaut und keines der von der Troika versprochenen Ziele erreicht.

Seit Beginn der Krise ging jeder siebte Arbeitsplatz verloren und auch in diesem Jahr gibt es, entgegen den Versprechungen im Memorandum of Understanding der Troika von 2011, keine Aussicht auf eine Verringerung der Arbeitslosigkeit von derzeit rund 18 Prozent (Jugend-arbeitslosigkeit 35 Prozent). Die von der Troika für den Arbeitsmarkt diktierten Auflagen wurden jedoch skrupellos umgesetzt, dazu gehören unter anderem verringerter Kündigungsschutz und geringere Abfindungen bei Entlassungen, Verlängerung der Arbeitszeiten, Urlaubskürzung und geringere Leistungen bei Überstunden, Steuererhöhungen für die Beschäftigten. Dies hat dazu geführt, dass 40 Prozent der Arbeitsverträge mittlerweile eine Dauer von weniger als einem Monat haben.

Besonders einschneidend waren die Kürzungen von bis zu zwölf Prozent bei Löhnen und Gehältern, zuzüglich der Streichung und Verringerung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie Ausgleichszahlungen bei Löhnen unterhalb des Mindestlohns von 650 Euro. Der jährliche Einkommensverlust bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst beträgt 3,7 Nettolöhne. Mittlerweile lebt etwa eine Million der portugiesischen Rentnerinnen und Rentner unterhalb der Armutsgrenze und für 2014 sind noch weitere Kürzungen vorgesehen, vor allem bei den niedrigen Renten.

Stark betroffen vom Spardiktat ist auch der portugiesische Gesundheitssektor. In den letzten drei Jahren wurden die Staatsausgaben in diesem Bereich von 861 auf 783 Euro pro Person verringert, dies bedeutete 200 Millionen Euro weniger für die öffentliche Gesundheitsversorgung, während der private Bereich um 6,5 Millionen Euro ausgeweitet wurde. Da infolge der von der Troika auferlegten Schuldenbremse der öffentliche Gesundheitsbereich nur Gesamtschulden von maximal 25 Prozent des Jahresbudgets haben darf, werden dort die Behandlungen entsprechend verringert, so dass die

Menschen zwangsläufig zu den privaten Einrichtungen abwandern, wo sie ihre Behandlungen aus eigener Tasche bezahlen müssen. Auf diese Weise wächst der private Gesundheitssektor und das öffentliche System wird zunehmend geschwächt.

Die Auswirkungen von massiven Einkommensverlusten, Kürzungen bei Sozialleistungen und gleichzeitigen Kostensteigerungen bei der Basisversorgung (Energie 10 Prozent, öffentlicher Verkehr 23 Prozent, Erhöhung der Mehrwertsteuer) haben zu massiver Verarmung bei der portugiesischen Bevölkerung geführt und es ist zu erwarten, dass sich die Situation noch weiter verschärfen wird.

Alltag in Spanien

Drei Hauptsorgen bestimmen die öffentliche Diskussion Spaniens seit der im Mai 2010 eingeleiteten und seitdem in immer kürzeren Abständen verschärften Austeritätspolitik: die Arbeitslosigkeit, das Ausmaß von Korruption und Betrug auf den höchsten Ebenen von Wirtschaft und Politik und das Misstrauen gegenüber der „politischen Klasse“ insgesamt. Rund 80 Prozent der spanischen Bevölkerung bezeichneten in einer neueren Umfrage die politische Situation als schlecht oder sehr schlecht und nahezu der gleiche Prozentsatz erwartet auch keine kurzfristigen Verbesserungen, eher das Gegenteil. Diese Einschätzungen verwundern nicht, wenn man sich die soziale Lage der Menschen anschaut.

Große Teile der Bevölkerung sind inzwischen verarmt als Folge einer Politik, die sich nicht an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, sondern der Bankenrettung und dem daraus resultierenden Schuldenabbau den Vorzug gibt. Zwangsläufige Folge davon sind Beschäftigungsabbau, die Zunahme prekärer, ungeschützter Jobs, Lohnkürzungen sowie eine generelle Verringerung sozialer Ansprüche und Leistungen.

Die Arbeitslosenquote bewegt sich bei 25 Prozent, für die Altersgruppe von 15 bis 25 Jahren werden 53 Prozent verzeichnet. Angesichts der wirtschaftlichen Stagnation ist davon auszugehen, dass die Belegschaften weiter reduziert werden, und ohne die verstärkte Emigration vor allem jüngerer Menschen wären diese Zahlen noch deutlich höher.

Parallel zum Anstieg der Arbeitslosigkeit hat sich auch die Einkommensverteilung verschlechtert, Reichtumskonzentration und Ungleichheit haben zugenommen. Die Löhne sind so stark gesunken, dass mittlerweile jede und jeder dritte Beschäftigte nur noch über ein Einkommen unter der Armutsgrenze verfügt. Von den Arbeitslosen erhält nur noch gut die Hälfte überhaupt Arbeitslosengeld, 2009 waren es immerhin noch dreiviertel der Arbeitslosen. In rund 750 000 spanischen Haushalten gibt es niemanden mehr, der überhaupt noch irgendein Einkommen erzielt, weder Arbeits- noch Transfereinkommen. Diese Haushalte sind tatsächlich auf Almosen angewiesen.

Betroffen von den Auswirkungen der Krisenpolitik ist auch das spanische Gesundheitswesen. 2012 begann die Regierung mit Haushaltskürzungen im Gesundheitsbereich von insgesamt 14 Prozent, wobei der öffentliche Be-

reich mit 45 Prozent besonders betroffen war. Die Folge davon sind, neben enormen Wartezeiten, der Rückgang und die Verzögerung von notwendigen Behandlungen insgesamt. Die Anzahl chirurgischer Eingriffe beispielsweise ging um 15 Prozent zurück. Die Zahl der Menschen ohne jeglichen Zugang zum Gesundheitswesen hat um 180 000 zugenommen, auch die Gesundheitskarten für Migrant_innen ohne dauerhafte Aufenthaltserlaubnis wurden abgeschafft. Die Zahl der Selbstmorde, die sich nachweislich auf die wirtschaftliche Situation zurückführen lassen, nahm um 400 Fälle zu. Auch hieran lässt sich zeigen: Austerität tötet.

Die zunehmende Verarmung führt außerdem zu immer mehr Zwangsräumungen von Wohnungen, weil die Bewohner_innen ihre monatlichen Raten nicht mehr bezahlen können. Seit Beginn der Krise wurden bereits über eine halbe Million Räumungsverfahren eingeleitet und ein großer Teil davon auch vollstreckt. Außerdem wohnen sieben von zehn Menschen unter 30 Jahren noch bei ihren Eltern, weil sie sich keine eigene Wohnung leisten können. Viele von der Räumung Betroffene wehren sich mit Hilfe der Plataforma por los Afectados de la Hipoteca (PAH – Plattform für die Betroffenen der Hypothek), die sich 2007 gründete und mittlerweile in mehr als 50 Städten aktiv ist. Die Initiative versucht, Betroffene bei ihren Verhandlungen mit Banken zu unterstützen, gewährt juristische Hilfe und organisiert Besetzungen leerstehender Häuser.

Alltag in Griechenland

Die Austeritätspolitik hat in Griechenland zu einer extremen Schrumpfung der Volkswirtschaft geführt. Das Bruttoinlandsprodukt ging in den vergangenen Jahren um rund ein Viertel zurück, ein Absturz, wie es ihn seit der deutschen Besetzung im Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben hat. Rund 30 Prozent der Geschäfte und Betriebe in Attika, der Region, die mit Athen als Zentrum rund die Hälfte der wirtschaftlichen Aktivitäten des Landes ausmacht, mussten schließen, insgesamt haben in Griechenland weit mehr als 60 000 Unternehmen ihre Arbeit eingestellt.

Die Arbeitslosigkeit in Griechenland ist entsprechend. Seit Krisenbeginn 2008 bis heute hat sich die Arbeitslosenquote von 7,3 auf 27,8 Prozent vervierfacht. Mehr als 70 Prozent der Arbeitslosen leben ohne jegliches Einkommen. Die Arbeitslosenunterstützung von monatlich 360 Euro wird maximal ein Jahr lang gezahlt. Und es droht weiteres Unheil: Nach längerer Arbeitslosigkeit verliert man in Griechenland den Anspruch auf eine Krankenversicherung, sodass inzwischen etwa 30 Prozent der Bevölkerung keinen Zugang mehr zur öffentlichen Gesundheitsversorgung haben. Die Solidaritätsbewegung hat durch ihren Druck immerhin erreicht, dass die Regierung ein Gesetz erlassen hat, das den Unversicherten mehr Schutz bietet

Unter den Jugendlichen bis 25 Jahren ist die Situation noch erheblich dramatischer. 56,4 Prozent der Griech_innen unter 25 sind arbeitslos, viele von ihnen sehen sich

gezwungen, das Land zu verlassen. Eine weitere Verschärfung der Situation droht von der Rentenversicherung. Viele ältere Langzeitarbeitslose sehen in einer Frühverrentung die einzige Überlebenschance, andere werden wegen des von der Troika eingeforderten Personalabbaus im öffentlichen Sektor in die Frühverrentung entlassen. Allein im Juli und August dieses Jahres haben sich rund 35 000 Griech_innen für die Frühverrentung registriert, Schätzungen postulieren einen Anstieg auf bis zu 200 000 bis Ende des Jahres. Diese ungeheure Belastung werden die Rentenkassen wahrscheinlich nicht tragen können.

Dass dieser enorme Druck auch an den (noch) Beschäftigten nicht spurlos vorübergeht, liegt auf der Hand. Löhne und Pensionen sind zwischen 2010 und 2013 um 35 bis 50 Prozent gesunken, die faktische Abschaffung von Tarifverträgen und die schwache Position der Gewerkschaften hebelt die Ansprüche der Arbeitnehmer_innen an vielen Stellen aus, 12-Stunden-Schichten und Sonntagsarbeit weiten sich aus. Rund ein Viertel der Beschäftigten bekommt seine Löhne erst mit erheblicher Verspätung ausgezahlt. Einige warten bis zu einem Jahr auf ihr Gehalt, im öffentlichen und im privaten Sektor.

Auch jenseits des Arbeitsmarktes werden den Griech_innen erhebliche Mehrbelastungen zugemutet. So hat die Regierung die Steuern für die Mehrheit der Bevölkerung empfindlich erhöht, um die Zins- und Kreditzahlungen an die Gläubiger_innen zusichern zu können. Die Mehrwertsteuer stieg von 19 auf 23 Prozent, der Steuerfreibetrag wurde von 8.000 auf 5.000 Euro gesenkt, Heizöl- und Benzinsteuer wurden erhöht und eine Grundbesitzsteuer neu eingeführt. Etwa die Hälfte der Bevölkerung kann diese Steuerlast nicht tragen und muss sich verschulden, um die Steuerschuld begleichen zu können. Die neu eingeführte Steuer auf Immobilienbesitz wird mit der Stromrechnung eingezogen und wer diese Steuern nicht bezahlen kann, dem wird der Strom abgeschaltet. Mittlerweile sind in Griechenland Tausende Haushalte ohne Stromversorgung.

Diese Faktoren haben in den vergangenen Jahren zu einem dramatischen Anstieg der Armut geführt. Ein knappes Fünftel der Menschen in Griechenland lebt in Haushalten ohne regelmäßiges Einkommen, es mangelt an Geld für Ernährung und andere grundlegende Bedürfnisse, häufig wird die Rente eines einzelnen Familienmitglieds zur einzigen Einkommensquelle, jene Rente, die seit 2010 um 25 Prozent gekürzt wurde.

Die schwierige Situation der armen Familien wurde durch eine drastische Kürzung der Mittel für lebenswichtige öffentliche Dienstleistungen noch zusätzlich verschärft. So haben die extremen Kürzungen im Gesundheitsbereich zu einer katastrophalen Situation geführt, die als humanitäre Krise beschrieben werden kann. Krankenhäuser wurden geschlossen, Personal abgebaut, es fehlt an grundlegender Ausstattung und an wichtigen Medikamenten. Dadurch stieg der Anteil an Krankenhausinfektionen sprunghaft an. Viele Krebspatient_innen bekommen keine Medikamente mehr, Schwangere werden nicht mehr versorgt, Kinder nicht mehr geimpft.

Tuberkulose, HIV und Drogensucht nehmen rapide zu. Zum ersten Mal seit 40 Jahren gibt es eine Häufung von Malariafällen in Südgriechenland, zum ersten Mal seit 1950 einen Anstieg der Kindersterblichkeit.

3

Keine Demokratie, nirgends – autoritäre Politik, rechte Reflexe

In historischer Perspektive ist parlamentarische Demokratie im Kapitalismus keineswegs „Regierung des Volkes, durch das Volk, für das Volk“, wie es Benjamin Franklin einst formulierte. Vielmehr fällt die Durchsetzung der neuzeitlichen Demokratie mit der Verteidigung des Privateigentums zusammen. Die (Stadt-)Bürger (Kaufleute, Manufakturbesitzer, Banker, weniger auch Handwerker) wehrten sich gegen Ansprüche von König und Adel auf ihren Besitz. Als im Mittelalter Geldbeziehungen an die Stelle der Belohnungen nachrangiger Vasallen mittels Landvergabe traten, benötigte man ein Einkommen. Gegen den Versuch der Fürsten, Steuern auf Eigentum zu erheben, wehrten sich zuerst die (englischen) Besitzbürger. Unter dem Label der Demokratie verhandelten und organisierten sie mit dem Adel und dem König die Form ihrer gemeinsamen Herrschaft.

Bürgerliche Demokratie – Gibt es ein Grundrecht auf Eigentum?

Die erste französische Revolutionsverfassung nennt „Eigentum“ noch gleichrangig mit den uns bekannten Idealen von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ als Grundrecht. Hier steht jetzt der (Mit)Bürger im Blick, der es auf das Eigentum anderer abgesehen haben könnte. Dabei hat der Staat die Aufgabe, dieses zu garantieren. Später weist Karl Marx darauf hin, dass das Privateigentum in seiner produktiven Funktion neben anderen die spezielle Eigenschaft hat, alle anderen Eigentumsformen in den kapitalistischen Produktionsprozess hineinzureißen. Die Demokratie in ihrer gegenwärtigen Form gibt diesem Prozess den rechtlichen Rahmen und sichert ihn damit gleichzeitig ab. In diesem Sinne ist sie die Klassenherrschaft des Kapitals auch und gerade da, wo sie Raub und Mord und Totschlag verhindert. Dass das Vorangehende keine rein historische Bemerkung ist, zeigen aktuelle Versuche, entgangene Profite als Enteignungen zu verstehen und damit eine Art Grundrecht auf Profit als Eigentum zu behaupten.

Demokratie und EU-Institutionen

In der Europäischen Union und ihren Vorläuferorganisationen waren einige Regeln üblicher bürgerlich-parlamentarischer Demokratie immer schon schwach entwickelt oder sogar teilweise gar nicht vorhanden. Das hatte nicht nur damit zu tun, dass die europäischen Institutionen durch zwischenstaatliche Verträge etabliert worden waren, deren

Umsetzung üblicherweise bei den vertragsschließenden Regierungen liegt. Vielmehr erwies es sich für die Gestaltung der europäischen Regularien aus Sicht der Kapitalinteressen als nützlich, es vor allem mit Regierungen, also dem heutigen Europäischen Rat, zu tun zu haben. Auch die Zusammenfassung von immer mehr Kompetenzen bei der Kommission passte zu dieser Interessenkonstellation. Der Aufbau parlamentarischer Einflussmöglichkeiten blieb dahinter weit zurück. Gleichzeitig wurden immer mehr Aufgaben von den Einzelstaaten auf die EU-Ebene übertragen, was auch die Rolle der nationalen Parlamente schwächte.

Nach der Lehman-Pleite im September 2008 wurde dieses Bild einer – selbst im Sinne bürgerlicher Gewaltenteilung – schiefen Machtverteilung sozusagen dynamisiert. Die Bankenrettung hatte massive und rasche Eingriffe in viele Abläufe verlangt. Alle Institutionen auf europäischer Ebene gewannen an Handlungsmöglichkeiten, und zwar nach dem Muster ihres ohnehin vorhandenen Einflusses. Das Parlament darf über Teile des Haushalts abstimmen und die Kommission mit Initiativen konfrontieren, zu denen sie sich verhalten muss; zu den neuen Krisenverträgen erhielt es dürftige Anhörungsrechte. Der Europäische Rat, also die Versammlung der nationalen Regierungen, entscheidet tief in bisher einzelstaatliche Kompetenzen hinein und die Europäische Kommission ist in einigen Belangen praktisch selbstständig handlungsfähig.

Instrumente neoliberaler Krisenpolitik

Nachdem die Bankenrettung 2008 praktisch ohne Diskussion jeweils in nationalstaatlichen Prozessen überall in der EU durchgezogen worden war und 2009 alle Mitgliedsländer einen eigenen Umgang mit der folgenden Wirtschaftskrise praktizierten, setzte sich spätestens ab Frühjahr 2010 eine Sicht durch, die die Krise wesentlich auf Politikversagen zurückführte. Die These war, dass die gemeinsamen Verabredungen aus dem Vertrag von Maastricht nicht eingehalten worden seien, vor allem die Defizitgrenzen von drei Prozent des BIP für die jährlichen Haushalte und von 60 Prozent für die staatliche Gesamtverschuldung. Auch die Nachbesserungen durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt von 1997 seien ignoriert worden und nun gelte es, mit den Regeln ernst zu machen.

In fast atemlos zu nennender Folge wurden neue Verabredungen getroffen: Im Mai 2010 der sogenannte Rettungsschirm (EFSF und ESM), im Sommer das „Sechserpaket“ mit festen Zielvorgaben für Haushalte und Staatsausgaben, Sanktionen und dem Abstimmungsverfahren der umgekehrten Mehrheit (s. u.), im Dezember der Fiskalpakt („Schuldenbremse“), im März 2011 der Euro-Plus-Pakt, der die Abstimmung der nationalen Haushaltsplanung regelt und den ESM auf eine neue Basis stellt, und seit Jahresende 2011 gibt es die Absichtserklärung, europäische Wettbewerbspakte zwischen der Kommission und den Einzelstaaten abzuschließen, die allerdings bisher nicht umgesetzt ist. Dabei gibt es einen

systematischen Zusammenhang zwischen den Verträgen. Der ESM regelt das Verfahren für alle Länder, die für ihre Refinanzierung keinen Zugang mehr zu den Kapitalmärkten haben oder die Geld zur Rettung ihrer Banken brauchen. Der Fiskalpakt erweitert und präzisiert die Regeln für alle Länder, die zu hohe Defizite aufweisen, und die Wettbewerbspakte sollen auch alle diejenigen Länder einbeziehen, die keines der beiden Probleme haben. Damit gäbe es ein europäisches Vertragswerk, das den „perfekten Wettbewerb“, der schon mit der gescheiterten EU-Verfassung Grundrechtsrang hatte erhalten sollen, verbindlich und unhintergebar für alle vorschreibt.

Für unsere Fragestellung des Demokratieabbaus sind vor allem drei Punkte bedeutsam:

1. Die Strukturanpassungsprogramme des ESM

Es können Krisenprogramme für die Mitgliedsländer verabredet werden, die in finanziellen Schwierigkeiten stecken. Die einschlägige Formulierung im ESM-Vertrag lautet: „Ist dies zur Wahrung der Finanzstabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt und seiner Mitgliedstaaten unabdingbar, so kann der ESM einem ESM-Mitglied unter strengen, dem gewählten Finanzhilfelinstrument angemessenen Auflagen Stabilitätshilfe gewähren. Diese Auflagen können von einem makroökonomischen Anpassungsprogramm bis zur kontinuierlichen Erfüllung zuvor festgelegter Anspruchsvoraussetzungen reichen. (Art. 12, 1). Wird ein Beschluss nach Absatz 2 angenommen, so überträgt der Gouverneursrat der Europäischen Kommission die Aufgabe – im Benehmen mit der EZB und nach Möglichkeit zusammen mit dem IWF – mit dem betreffenden ESM-Mitglied ein Memorandum of Understanding („MoU“) auszuhandeln, in dem die mit der Finanzhilfefazilität verbundenen Auflagen im Einzelnen ausgeführt werden. (Art. 13, 3)“. Im MoU muss gleichzeitig eine nationale Umsetzungsstrategie für die anvisierten Kürzungen und Privatisierungen festgelegt werden, die vor allem darauf abzielt, sie nicht durch künftige Regierungswechsel rückgängig machen zu können. Über diesen Mechanismus wird massiv in die nationale Politik eingegriffen.

2. Die Schuldenbremse des Fiskalpakts

Im Falle der Überschreitung der Defizitgrenzen greifen gleich mehrere Maßnahmen, die im Fiskalpakt geregelt sind. Die Staaten müssen fünf Prozent ihrer Verschuldung, die 60 Prozent des BIP überschreitet, tilgen, ehe sie ihre nationalen Etats erstellen. Die jährlichen Haushalte dürfen lediglich eine Neuverschuldung von 0,5 Prozent enthalten. Dabei ist hier das sogenannte gesamtstaatliche Defizit zu betrachten, also die nationale Ebene, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen. Die Schuldenbremse im deutschen Grundgesetz betrifft lediglich Bund und Länder. Die betroffenen Staaten müssen nicht nur „ein Haushalts- und Wirtschaftspartnerschaftsprogramm auf(legen), in dem im Einzelnen die Strukturreformen beschrieben sind“ (Art. 5, Abs. 1 Fiskalpakt), bei ihrer

Nichteinhaltung läuft auch ein automatisches Verfahren mit Anzeigen beim Europäischen Gerichtshof und Strafzahlungen. Ebenfalls müssen die folgenden jährlichen Haushaltspläne der Kommission und dem Rat zur Genehmigung vorgelegt werden, ehe sie ins nationale Parlament gehen. Für Vorschriften auf nationaler Ebene wie die deutsche „Schuldenbremse“ gilt dagegen, dass die jeweiligen nationalen Parlamente grundsätzlich jeden Jahreshaushalt neu beschließen und selbstverständlich auch die Möglichkeit haben, die entsprechenden grundlegenden Vorschriften zu ändern. Wenn die Kommission ein Defizit feststellt, gilt dies als verbindlich und kann nur mit einer Stimmenmehrheit der Staaten anders beschlossen werden; man nennt das „umgekehrte Mehrheit“. Allerdings haben sich die Mitgliedsländer des Fiskalpaktes vertraglich verpflichtet, einer solchen Feststellung der Kommission nicht zu widersprechen.

3. Bindend und auf ewig

Der Fiskalpakt ist kein Teil des Rechts der Europäischen Union, sondern ein eigenständiger völkerrechtlicher Vertrag. Da er keine ausdrückliche Kündigungsmöglichkeit enthält, gibt es eine solche auch nicht. Er kann nur einstimmig geändert oder aufgelöst werden – oder gebrochen. Frau Merkel formulierte, der Fiskalpakt solle „bindend und auf ewig“ gelten. Sie beschreibt dies in ihrer Rede vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos am 24. Januar 2013 als einen „dauerhaft angelegten Weg – ein(en) Weg, dessen Leitplanken Strukturreformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit auf der einen Seite und Konsolidierung der Staatsfinanzen auf der andern Seite sind“.

TTIP und andere Freihandelsverträge

Dahinter steckt eine bestimmte Vorstellung von Ökonomie, die ausschließlich auf die Sicherung der Finanzanlagen schaut. Die Frage der realen Versorgung der Menschen mit Gütern und Dienstleistungen spielt in diesem Verständnis keine Rolle. Und die Demokratie reduziert sich auf die Garantie der zusammengerafften Reichtumsansprüche. Das wird auch deutlich bei den aktuell scharf angegriffenen Freihandelsverträgen wie TTIP, CETA, TiSA. Sie sind ja ebenfalls eine Methode, um Investitionsmöglichkeiten für anlagensuchendes Kapital zu schaffen, ohne dass die Versorgung der Menschen mit Gütern und Dienstleistungen dabei eine Rolle spielt. Demokratische Mitbestimmung kann dabei nur stören.

Also werden die Verhandlungen geheim geführt, selbst das Verhandlungsmandat wurde lange nicht veröffentlicht. Mit privaten Schiedsstellen sollen ausländische Investoren ordentliche Gerichte umgehen können, ein transatlantischer Regulierungsrat soll Gesetzesinitiativen eng mit Lobbygruppen abstimmen, ohne dass es öffentliche oder auch nur parlamentarische Kontrolle gäbe.

Einen besonderen Clou stellt das neue Verfahren der Negativliste für Dienstleistungen dar. Danach gelten sie als liberalisiert und privaten Interessen unterworfen, wenn sie nicht ausdrücklich davon ausgenommen sind. Eine

Rückübertragung von Aufgaben in öffentliche Zuständigkeit ist ausdrücklich ausgeschlossen, selbst wenn es dafür breite politische Mehrheiten geben sollte.

Nationale Krisenstrategien, nationalistische und rassistische Reflexe

Die Krisenpolitik der EU-Regierungen und der Troika stößt notwendigerweise auf breiten Widerstand, doch was die Alternativen zur gegenwärtigen Neuformierung der EU sind, ist längst nicht klar. Nationalistische, rassistische und neofaschistische Kräfte bekommen ebenso Auftrieb wie emanzipatorische, die politische Polarisierung nimmt zu.

Nicht nur die Rechte, auch Teile der Linken sehen in einer Rücknahme der europäischen Integration und einer Stärkung der Nationalstaaten die Voraussetzung für einen Politikwechsel. Doch es ist eine gefährliche Illusion, zu glauben, die ökonomischen und sozialen Probleme in der EU seien Resultat der Europäischen Integration oder der Europäischen Währungsunion als solcher. Richtig ist, dass der gegenwärtige Modus der europäischen Integration aufgrund seiner inneren Widersprüche so nicht bestehen bleiben kann. Entweder es wird zu einer Rücknahme der Integration kommen oder sie wird weiter vertieft werden. Die dominanten Kapitalfraktionen in der EU und die Verbände, die sie repräsentieren, setzen auf eine weitere Vertiefung der europäischen Integration, freilich unter neoliberalen Vorzeichen. Doch es gibt auch schwächere Kapitalfraktionen, die eher auf eine Rücknahme der Integration zielen, in Deutschland beispielsweise der Verband der Familienunternehmer. Dass die dominierenden Kräfte an der EU und der Währungsunion festhalten wollen, ist angesichts der fortschreitenden Internationalisierung des Kapitals und der Herausbildung einer multipolaren Weltordnung, die allerdings nach wie vor von den USA dominiert wird, wenig überraschend. Was bedeutet das aber nun für emanzipatorisch orientierte Kräfte? Würden ihre Handlungsmöglichkeiten sich bei einem Zerfall der Währungsunion oder der EU verbessern? Wohl kaum. Angesichts der internationalen Arbeitsteilung sind nationale Alleingänge emanzipatorischer Kräfte heute weniger aussichtsreich denn je.

Die Demokratiegefährdung durch die EU-Austeritätspolitik liegt aber nicht nur in ihren autoritär durchgesetzten Instrumenten. Darüber hinaus trägt das Krisenregime überall in Europa zum Aufkommen rechtspopulistischer bis offen neofaschistischen Gruppierungen und Parteien bei. Diese nutzen die Angst besonders der unteren Mittelschicht vor sozialem Absturz zur Etablierung ihrer gefährlichen, auch migrations-, sozial-, gender- und kulturpolitisch reaktionären Positionen. Attac stellt sich entschieden gegen jede Form von Nationalismus und Rassismus und streitet für grenzüberschreitende Demokratie von unten.

Unser Ziel muss letztendlich die Solidarität der gesamten Menschheit sein; eine solidarische Lösung der Krise in Europa ist ein Zwischenschritt auf dem Weg zu diesem Ziel. Notwendig ist dabei ein Kampf an zwei Fronten, gegen die autoritäre, neoliberale Neuformierung der EU

und gegen nationalistische und faschistische Krisenstrategien. Es geht um einen anderen Modus der europäischen Integration, der an den Interessen der lohnabhängigen Frauen und Männer, der kleinen Selbständigen, der Erwerbslosen, der Rentner_innen, der Schüler_innen und Studierenden ausgerichtet ist und nicht an den Interessen des Kapitals.

4 Alternativen – krisenpolitische Forderungen von Attac

In diesem Kapitel werden einige konkrete krisenpolitische Attac-Forderungen beschrieben. Die Ursachen der Krise liegt in den Zwängen kapitalistischer Wirtschaft zu Anhäufung von Kapital, zu Konkurrenz und damit auch Wachstum. Daraus folgen eine zunehmend drastische Ungleichheit der Einkommen und der Vermögensverteilung, öffentliche Verschuldung, Deregulierung der Finanzmärkte und Privatisierung der Gemeingüter. Ziel der hier genannten, kurzfristig umsetzbaren Alternativen ist zunächst der Stopp von Mechanismen, die die Krise verschärfen und aufrecht erhalten. Ein Teil dieser Forderungen (zum Beispiel konkrete Schritte zur Vermögensumverteilung) kann aber auch wichtiger Einstieg in weitergehende gesellschaftliche Transformationsstrategien sein.

Gefragt sind solidarische Lösungen, keine Versuche, die Krise auf Kosten anderer benachteiligter Gruppen zu lösen. Solche Ansätze müssen die in den vorangegangenen Kapiteln geschilderten Ursachen in den Blick nehmen. Zur Kasse gebeten werden müssen diejenigen, deren finanzielle Schultern stark genug sind, diesen Beitrag zu leisten. Das sind dann meist auch die großen Profiteur_innen der bisherigen Krisenpolitik, deren große Vermögen haben maßgeblich zum Ausbruch der Krise beigetragen.

Die Folgen der Krise sind keine abstrakten Phänomene, sondern haben für viele Menschen im Hier und Jetzt sehr konkrete Auswirkungen, die teilweise lebensbedrohend sind. Deshalb darf trotz aller notwendigen Radikalität nicht nur nach Alternativen gefragt werden, die eine umfassende Lösung beinhalten und den erneuten Ausbruch einer großen Krise auf alle Zeit verhindern, sondern es geht auch um pragmatische Schritte, die Lösungen für die großen Probleme liefern, vor denen viele Menschen im Moment akut stehen: eine Sicherung der Grundbedürfnisse wie Wohnen, Essen und medizinische Versorgung.

Umverteilen

Eines der wichtigsten Instrumente, eine zu ungleiche Verteilung der Vermögen zu korrigieren, ist die Steuerpolitik. Attac fordert unter anderem die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine einmalige Vermögensab-

gabe, durch die Personen belastet werden sollen, die ein Vermögen von einer Million Euro oder mehr haben. Die prozentuale Höhe der Abgabe soll dabei progressiv mit der Höhe des Vermögens anwachsen. Ideal wäre, wenn diese Steuern und Abgaben europaweit koordiniert erhoben würden.

Ferner fordert Attac die Rücknahme der zahlreichen Steuersenkungen für Besitzer_innen großer Vermögen und Bezieher_innen hoher Einkommen der letzten Jahre, wie die Absenkung des Spitzensteuersatzes in der Einkommenssteuer oder die starke Absenkung der Kapitalertragssteuer. Einkommen aus Kapital sollten mindestens so hoch besteuert werden wie Einkommen aus Arbeit.

Ein weiteres wichtiges Werkzeug zur Beeinflussung der Vermögensverteilung ist die Lohnentwicklung. Hier wäre einerseits ein flächendeckender, angemessener Mindestlohn ohne Ausnahmen erforderlich, der für Deutschland bei mindestens zehn Euro pro Stunde liegen müsste. Außerdem müssten die Rechte von Beschäftigten und Gewerkschaften wieder gestärkt werden, zum Beispiel beim Kündigungsschutz, beim Abschluss von Flächentarifverträgen und bei Streiks, damit Beschäftigte und Gewerkschaften wieder in der Lage sind, in Tarifverhandlungen deutlich höhere Löhne durchzusetzen. Zu einer Gesellschaft, in die alle sich einbringen können, würde auch eine gerechte Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit gehören, was ohne eine drastische Verkürzung der Arbeitszeit nicht möglich wäre.

Auch die Leistungen der sozialen Sicherungssysteme müssten wieder drastisch erhöht werden, etwa in Form von repressionsfreien, höheren Sozialleistungen, einem länger zu zahlenden Arbeitslosengeld und stärker steigenden Renten. Teile von Attac fordern auch ein bedingungsloses Grundeinkommen für jedeN. Dessen Höhe soll so bemessen sein, dass damit auch eine angemessene gesellschaftliche Teilhabe möglich ist.

Schuldensaudit und Schuldenstreichung

Seit Regierungen im großen Stil Banken retten, ist vielerorts nicht mehr von einer Banken-, sondern von einer Staatsschuldenkrise die Rede. Dazu gibt es in Attac unterschiedliche, aber nicht grundsätzlich widersprüchliche Positionen. Um derartige Forderungen durchzusetzen, bedarf es großen gesellschaftlichen Drucks, der nur durch starke soziale Bewegungen aufgebaut werden kann.

Akteure in Attac, die seit Jahrzehnten zum Thema der Süd-Verschuldung arbeiten, fordern eine Schuldenstreichung und argumentieren mit bereits erfolgten, direkten und indirekten Rückzahlungen innerhalb der bis heute bestehenden Ausbeutungsverhältnisse. Lang andauernde Schulden führen Länder in eine systematische Falle: Da Zinsen und Zinseszinsen der Schuldsomme zugeschlagen werden, wächst diese trotz Tilgungszahlungen immer weiter. Deshalb fordern fast alle Gruppen der Solidaritätsbewegung mit den arm gemachten Länder des Südens die bedingungslose Streichung aller Schulden. Tatsächlich haben sie dieselben in den letzten drei Jahrzehnten in absoluter Summe schon mehr als dreifach zurückgezahlt.

Selbst ohne die extremen Ausbeutungsverhältnisse des Kolonialismus (wie auch die hohen Klimaschulden der nördlichen Industrieländer) mit zu beachten, scheint hier die Forderung nach bedingungsloser Streichung aller Schulden völlig gerechtfertigt. Ähnliches gilt inzwischen auch für Länder wie Griechenland oder Portugal, so dass auch dort die Forderung nach bedingungslosem Schuldenerlass zu diskutieren wäre. Die Situation Griechenlands erfordert noch eine genauere Betrachtung. Während der Besetzung haben Deutsche dort schwere Kriegsverbrechen verübt. Die Alliierten bezifferten die griechischen Reparationsforderungen auf umgerechnet acht Milliarden Euro, in heutiger Kaufkraft ein höherer zweistelliger Milliarden-Euro-Betrag, den Deutschland schuldig geblieben ist.

Andere Akteure fordern ein Schuldenaudit, also eine öffentliche Untersuchung über die Entstehung der Staatsschulden. Auch dieser Ansatz hat Vorbilder in den Ländern des Südens der Welt. So gelang es Ecuador 2007, durch ein Audit seine Schuldenlast um 70 Prozent zu reduzieren und damit Mittel für Sozialausgaben und Infrastruktur frei zu machen. Das Prinzip: Zumindest illegal oder illegitim zustande gekommene Schulden sind zu streichen. Im Kontext der Eurokrise ist zum Beispiel zu fragen: Waren Bankenrettungen notwendig? Haben alle Staaten freiwillig ihre Banken gerettet oder gab es hinter den Kulissen starken Druck von EU-Einrichtungen wie der Europäischen Zentralbank? Warum hat die deutsche Bundesregierung lange Zeit jede Form von Finanzhilfen für andere EU-Staaten kategorisch ausgeschlossen und damit die von diesen Staaten zu zahlenden Zinssätze zusätzlich in die Höhe getrieben? In Bürger_innen-Audits stellen nicht staatliche Stellen, sondern die Bürger_innen selbst entsprechende Untersuchungen an. Auf diese Weise wäre auch am besten für Transparenz gesorgt. Anders als bei den undifferenzierten „Haircuts“ der jüngeren Vergangenheit, wie sie unter anderem in Griechenland stattgefunden haben, wäre es so möglich, bei Rückzahlung der nach dem Audit verbleibenden Schulden gleichzeitig eine deutliche Vermögensumverteilung zulasten von Großanlegern vorzunehmen.

Anders als die öffentliche Debatte vermuten lässt, geht es bei der Schuldenproblematik nicht nur um öffentliche, sondern auch um private Schulden. Viele Menschen sind infolge der Krise arbeitslos geworden und können zum Beispiel die Kredite nicht mehr bedienen, die sie aufgenommen haben, um die Wohnung oder das Haus zu finanzieren, in dem sie wohnen. Um zu verhindern, dass Menschen durch Hypotheken- oder Mietschulden ihr Zuhause verlieren, müssen Zwangsräumungen verboten werden und ist den Menschen das Recht einzuräumen, in ihrem ehemaligen Eigentum weiterhin zu einem angemessenen Mietpreis zu leben, der, wie es zum Beispiel in Spanien die PAH (Plattform der Betroffenen von Hypothekenkrediten) fordert, 30 Prozent des Einkommens nicht überschreiten darf. Selbst die Grundrechtecharta der EU legt die Mitgliedsländer auf eine Unterstützung für die Wohnung für alle fest, „die nicht über ausreichende

Mittel verfügen“, um ihnen ein menschenwürdiges Dasein zu sichern.

Auch vielen kleinen Unternehmen, wenn sie überhaupt noch existieren, droht die Pleite, weil ihnen im großen Maßstab Aufträge weggebrochen sind. In diesen Fällen müssen ebenfalls Schulden gestrichen werden, die nicht mehr bedient werden können, wenn die Krisendynamik auf Dauer durchbrochen werden soll. Dazu ist ein Insolvenzrecht notwendig, das es erlaubt, Teile eines Unternehmens weiterzuführen und bei allen Entscheidungen der Belegschaft ein großes Maß an Mitsprache einräumt. Es müssen umfassende Möglichkeiten zur Betriebsübernahme durch die Belegschaft geschaffen werden.

Regulierung der Finanzmärkte

Die Krise hat gezeigt, dass die Finanzmärkte in ihrer derzeitigen Verfasstheit nicht in der Lage sind, die großen Herausforderungen zu lösen, vor denen die Menschheit zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht. Statt eines Teils der Lösung sind sie Teil des Problems.

In den vergangenen Jahrzehnten wurde der Einfluss öffentlicher Finanzinstitutionen immer mehr zugunsten privater Interessen zurückgedrängt. Selbst da, wo Banken formal noch öffentlich waren, wie die deutschen Landesbanken und Sparkassen, wurde ihr Geschäftsmodell durch das Wettbewerbsrecht immer mehr der privaten Profitlogik unterworfen, statt ihnen die Erfüllung von Aufgaben im öffentlichen Interesse zu ermöglichen. Dieser Trend muss gestoppt und wieder umgekehrt werden. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre, wenn mit öffentlichen Mitteln gerettete private Banken vergesellschaftet würden und dem Gemeinwohl dienen müssten. Es ist auch nicht einzusehen, dass die Verluste zwar immer öfter von der Allgemeinheit getragen werden, die Gewinne aber weiterhin in private Taschen fließen sollen. Ganz grundsätzlich stellen große Teile von Attac die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit privater Banken infrage.

Unter Vergesellschaftung ist aber viel mehr zu verstehen als nur die Umgestaltung der juristischen Eigentumsverhältnisse. Es geht darum, in wessen Interesse welche Finanzgeschäfte getätigt werden. Öffentliche Banken könnten zum Beispiel im großen Stil zinsgünstige Kredite anbieten, um den ökologischen Umbau zu finanzieren oder zu helfen, die Folgen der Krise zu überwinden. Ein Tabu sollte für sie hingegen sein, an den Finanzmärkten das große Rad der Spekulation zu drehen. Um das zu gewährleisten, müssen alle Banken einer transparenten öffentlichen Kontrolle unterliegen. Das gilt selbstverständlich auch für genossenschaftlich organisierte Banken, die eine Alternative zu privaten Großbanken darstellen können, wenn sie sich progressiven Geschäftsmodellen verschreiben.

Ein wichtiges Argument, das die Befürworter von Bankenrettungen immer wieder ins Feld führten, war die Behauptung, dass viele Banken „too big to fail“ seien, also zu groß, als dass man sie zusammenbrechen lassen dürfe, weil der gesellschaftliche Schaden, der dadurch entstünde, die Kosten einer Rettung um ein vielfaches

überstiege. Derartige Banken müssen zerschlagen und in kleinere Institute aufgeteilt werden, damit die Öffentlichkeit nie wieder mit einer solchen Argumentation erpresst werden kann.

Ein weiterer wichtiger Schritt wäre die Einführung eines Trennbankensystems, wie es in den USA nach der großen Weltwirtschaftskrise des letzten Jahrhunderts eingeführt wurde. In einem solchen System dürfen Banken, die im klassischen Kreditgeschäft tätig sind und die Spargelder der Bürger verwalten, nicht gleichzeitig als Investmentbanken an den Finanzmärkten aktiv sein und umgekehrt. Auch der Zugang zu billigen Krediten der Zentralbanken wäre Investmentbanken verwehrt.

Die Finanzmärkte selbst sind einer strikten Kontrolle zu unterwerfen. Ähnlich wie im Straßenverkehr Autos müssten Finanzprodukte sich einer Art Finanzmarkt-TÜV unterwerfen, in dem sie nachweisen müssten, dass von ihnen kein Schaden für die Allgemeinheit ausgeht, bevor sie zugelassen werden.

Ein Beispiel für die notwendige Eindämmung der ausufernden Spekulation wäre die Gründungsforderung von Attac, die unserer Organisation ihren Namen gab, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Die sogenannten Schattenbanken wie Hedgefonds sind zu verbieten.

Eine der bedeutendsten Maßnahmen, durch die den Finanzmärkten in den letzten Jahrzehnten viel zusätzliches Kapital zugeführt wurde, war die Privatisierung der Renten. Diese muss wieder rückgängig gemacht und in ein öffentliches umlagefinanziertes System überführt werden.

Die Europäische Zentralbank (EZB) muss dringend mit einem anderen Mandat ausgestattet werden, da es ihr im Moment nicht gestattet ist, Kredite direkt an Staaten zu vergeben. Das müsste in Zukunft, wie es auch in vielen europäischen Staaten inklusive der alten Bundesrepublik lange erlaubt war, wieder der Fall sein, nicht nur um Staaten eine günstige Finanzierungsmöglichkeit zu eröffnen, sondern auch, um diese vor spekulativen Attacken auf den Finanzmärkten zu schützen.

Um das Angebot günstiger Kredite für Investitionsprogramme zu stärken, sollten öffentliche Investitionsbanken wie die Europäische Investitionsbank oder in Deutschland die Kreditanstalt für Wiederaufbau entsprechende Kredite bei der EZB aufnehmen können. Das wäre vor allem dann sinnvoll, wenn eine Änderung der Europäischen Verträge, die auch das Mandat der Europäischen Zentralbank festlegen, politisch nicht durchsetzbar wäre.

Commons, Vergesellschaftung

Um privatem Kapital entsprechende Profitmöglichkeiten zu eröffnen, wurde in den letzten Jahrzehnten auch ein immer größerer Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert. Einrichtungen für alle, die häufig netzgebunden sind, wie zum Beispiel die Wasser-, Energie- und Stromversorgung, Telekommunikation und Internet, aber auch der öffentliche Nah- und Fernverkehr, das Gesundheitswesen, das Bildungssystem oder die Post und die Müllabfuhr, müssen vergesellschaftet werden, da hier private

Profitlogik nichts zu suchen hat. Auch in diesem Fall geht es bei Vergesellschaftung nicht nur um formale Besitztitel, sondern um echte Bürgerkontrolle.

Ferner müssen derartige Dienstleistungen zu Preisen zur Verfügung gestellt werden, die sicherstellen, dass die Einwohner_innen sich die entsprechenden Dienstleistungen in ausreichendem Umfang leisten können. Herausforderungen durch immer knapper werdende Ressourcen und durch ökologische Krisen müssen dabei so gemeistert werden, dass sie nicht auf Kosten sozialer Gerechtigkeit angegangen werden.

Auch in privaten Unternehmen ist es nicht das Kapital, sondern die Belegschaft, die durch ihre Arbeit entsprechende Werte schafft. Folglich sollten deren Rechte bezüglich Mitbestimmung in allen ihr Unternehmen betreffenden Belangen im Sinne einer allumfassenden Wirtschaftsdemokratie deutlich gestärkt werden.

Alternatives Handelsmandat und Clearing Union

Notwendig ist auch, dass sich das Paradigma, unter dem Staaten miteinander Handel treiben, ändert. Einen Gegenentwurf zum Status Quo stellt das „Alternative Handelsmandat“ dar, ein Konzept, das in den letzten Jahren von einem breiten Bündnis unterschiedlicher Gruppen erarbeitet wurde. Während heute, im Zeitalter des nahezu unbegrenzten Freihandels, Handelsabkommen wie das geplante TTIP, aber auch viele Bestimmungen des EU-Binnenmarktes, vor allem dazu dienen, mächtigen Konzerninteressen das Zurückdrängen sozialer und ökologischer Standards zu erleichtern, soll mit dieser Alternative wieder erreicht werden, dass Handel unter Berücksichtigung demokratischer, sozialer und ökologischer Standards stattfindet und damit für die betroffenen Menschen einen Nutzen hat.

In eine ähnliche Richtung gehen auch Überlegungen zu einer Clearing Union, die der Ökonom John Maynard Keynes bereits bei den Verhandlungen zur Neuordnung der Weltwirtschaft 1944 in Bretton Woods einbrachte, die damals aber keine Mehrheit fanden. Ziel dieses Konzeptes ist es, zu mittelfristig ausgeglichenen Leistungsbilanzen zu kommen, indem, anders als heute, auch die Überschüsse als Problem angesehen werden. „Exportweltmeister“ müssten für ihre Überschüsse in eine gemeinsame Kasse einzahlen, was einerseits Dumping unattraktiv machen würde, auf der anderen Seite aber auch dem Staat mit einem Leistungsbilanzdefizit helfen würde, entsprechende Maßnahmen zu finanzieren, mit denen dieses Defizit zurückgedrängt werden könnte.

Solidarity beyond borders – europaweiter Widerstand

Die EU-Krisenpolitik zwingt, über die Troika aus EZB, EU-Kommission und IWF, den am meisten von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffenen Ländern Strukturanpassungsprogramme als Bedingung für „Rettungsschirme“ auf. Mit dieser Austeritätspolitik (Sozialkürzungen und Lohnsenkungen, Steuererhöhungen für Lohnabhängige und kleine Selbständige, Entlassungen im öffentlichen Dienst und Privatisierung von Staatsbetrieben) und der sie stets begleitenden, umfassenden Deregulierung wird die Krise zur neoliberalen Chance. Für die übergroße Mehrheit der Menschen bedeuteten diese Programme, durch die Parlamente umgesetzt, allerdings Arbeitslosigkeit, Armut, Rentenkürzungen, Zwangsräumungen, den Zusammenbruch der Gesundheitssysteme, erhöhte Sterblichkeit und Abbau von Arbeitnehmer_innenrechten. Gleichzeitig bedeutet diese Politik eine massive Demokratiegefährdung, nicht nur durch ihre autoritäre Durchsetzung, sondern auch durch die nationalistischen Reflexe, die sie fördert.

Gegen diese Politik in der Logik des Kapitalismus formierte sich von Anfang an heftiger Widerstand. Der hat ganz unterschiedliche Akteure, zum Beispiel:

- Gruppen und Netzwerke, die aus ihrer unmittelbar drückenden Alltagserfahrung heraus kämpfen, etwa gegen Zwangsräumungen, Zerstörung der Gesundheitsversorgung oder Wasserprivatisierung, die Fabriken besetzen oder Solidaritätsprojekte aufbauen
- NGOs, Gewerkschaften und Bündnisse, die zu Großdemonstrationen und, je nach Ländern, zu Generalstreiks aufrufen. Sie skandalisieren die autoritär durchgesetzten Instrumente der Krisenpolitik, die Macht der Brüsseler Lobbys, andere arbeiten gegen erzwungene Staatsverschuldung oder organisieren nun eine breite Ablehnung des Freihandelsabkommens TTIP
- die Bewegungen der Plätze und großen Märsche für „wirkliche Demokratie“, vor allem in Südeuropa, mit ihrer Praxis der horizontalen Zusammenarbeit, Assemblies und viralen Social Media-Kampagnen,
- linke Parteien in mehreren Ländern und neue Parteien, die sich aus Bewegungen heraus entwickeln, die in die Länderparlamente und ins Europäische Parlament einziehen und dort die Machtfrage stellen
- emanzipatorische Netzwerke, die gegen Kapitalismus und jede Form von Nationalismus, Rassismus und Faschismus streiten
- europäische Bewegungsnetzwerke und Bündnisse, die mehrere dieser unterschiedlichen Akteure umfassen, um gemeinsam zu mobilisieren, wie das Europäische Attac-Netzwerk, Blockupy, Alter Summit und mehrere antikapitalistische Netzwerke.

Diese Beschreibung ist natürlich unscharf und unvollständig. Sie soll hier vor allem zeigen, wie vielfältig der Wider-

stand gegen das Troika-Krisenregime in Selbstverständnis, Kommunikation, Organisation und Aktionsform der Akteure ist. Einerseits gibt es viele Überschneidungen, andererseits auch scharfe Auseinandersetzungen unter Organisationen mit sehr ähnlichen Ansätzen. Gemeinsam ist allen emanzipatorischen Akteuren, dass sie von grenzüberschreitender Solidarität ausgehen, die sie ganz anders verstehen als im bürgerlich-konservativen Sinn einer karitativen Spende. Soziale Rechte gelten global und unbedingt, sind nur gegen starke wirtschaftliche Interessen durchsetzbar. Das fängt vor der eigenen Haustür, also für uns in Europa, an. Es geht dabei um Vernetzung und gemeinsame Aktionsfähigkeit der an den Rand gedrängten Gesellschaftsmehrheiten über Ländergrenzen hinweg. Das handelnde Subjekt ist transnational.

Chancen und auch Schwierigkeiten dieser Vernetzung zeigen sich in der Praxis der vergangenen Jahre. Deshalb hier einige Blitzlichter auf einen offenen Prozess, der nötig ist, anstrengend und oft begeisternd, an dem auch Attac beteiligt ist, und der zum Mitmachen einlädt.

Massenproteste – soziale Bewegungen, NGOs und Gewerkschaften

Organisierter Widerstand gegen die Austeritätspolitik begann mit anhaltenden Großdemonstrationen in Irland und Island, die isländische Regierung wurde zum Rücktritt gezwungen. In Irland 2009, in Griechenland, Spanien, Italien, Slowenien und weiteren Ländern folgten Generalstreiks und Großdemonstrationen als Protest gegen Sparprogramme, Rentenkürzungen, Einschränkungen im Arbeitsrecht, Jugendarbeitslosigkeit. Am 14. November 2012 („N14“) rief der Europäische Gewerkschaftsbund (ETUC) zu einem Tag der Solidarität mit den Streiks in Südeuropa auf. In Spanien fiel der Flugverkehr aus, in Belgien die Bahn, in Portugal wurde das Gesundheitswesen bestreikt, in Frankreich und Griechenland gingen Zehntausende auf die Straße, in Italien ebenfalls, allerdings fehlten dort Teile der Gewerkschaften, in der Bundesrepublik fanden lediglich mehrere Kundgebungen statt.

Voraussetzungen für die bis heute anhaltenden Massenstreiks und Großdemonstrationen sind eine hohe Mobilisierung von Betroffenen und Gewerkschaften mit einer Praxis politischer Streiks. Beides fehlt bisher weitgehend in der Bundesrepublik. Gewerkschaften organisieren hier den Kampf gegen die Niedriglohnpolitik als einen Beitrag auch gegen die Staatsverschuldung in anderen Ländern.

NGOs, Gewerkschaften und Organisationen sozialer Bewegungen arbeiten an der Kritik der Institutionen und Instrumente der Krisenpolitik (ESM, Fiskalpakt, Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und andere), an Wegen aus der Staatsverschuldung, gegen Lobbyeinfluss und anderen Themen. Beispiele sind Corporate Europe Observatory, das Transnational Institute oder CADTM. Gemeinsam mit kleinbäuerlichen und Umweltverbänden, Attac und anderen tragen sie aus emanzipatorischer Position Proteste gegen die TTIP-Verhandlungen, etwa im Mai 2014 durch den Versuch einer Blockade in Brüssel, organisiert durch das dortige „D19-20“-Bündnis.

Die Aneignung der Plätze – Demokratie kommt von unten

Am 15. Mai 2011 („15M“) begannen in Spanien landesweite Proteste. Nach Aufrufen mehrerer hundert Gruppen im Internet versammelten sich auf den großen Plätzen (u.a. der Puerta del Sol in Madrid) Hunderttausende, über mehrere Monate und dann mehrfach in den nächsten Jahren. Sie besetzten den öffentlichen Raum und meldeten in ihren Versammlungen (Asambleas) den Anspruch an, die eigenen Rechte direkt zu vertreten. Die Bewegung der Empörten (Indignados) sagt damit vor allem: Wir werden durch Parlamente, die die Troika-Politik umsetzen, nicht vertreten. Wir müssen unsere Rechte selbst durchsetzen, entwickeln gemeinsam wirkliche Demokratie.

Diese Bewegung der Plätze und Zelte breitete sich rasch aus, auch in andere Länder. So wurde im Oktober 2011 der Zuccotti Park in Manhattan besetzt („Occupy Wall Street“) und es entstand eine Protestbewegung, die zeitweise auch zu Camps hier führte und, unter anderen Vorzeichen, 2013 die Türkei erreichte (Gezi-Park). 2014 gingen in Spanien erneut zweieinhalb Millionen Menschen auf die Straße („Marchas de la Dignidad“). Diese Bewegung ist von Anfang an vernetzt über Social Media, hierarchie- und ideologiekritisch, in ihren Forderungen vielfältig und manchmal unscharf.

Gegen die Alltagsfolgen der Krisenpolitik – Blockaden und Solidaritätsprojekte

In Spanien entwickelten sich aus Platzbesetzungen die Asambleas der Stadtviertel, verbunden mit Kämpfen gegen Zwangsräumungen, die ihre eigene Organisation entwickelten (PAH) und sich mit der „Recht auf Stadt“-Bewegung zum Beispiel in Griechenland, Italien und Osteuropa vernetzten. Die Aktiven verhindern Räumungen durch Blockaden, besetzen freistehenden Wohnraum, um die Not vieler Familien zu lindern, und beraten Betroffene.

Aus der Alltagsnot, zur Verteidigung von Rechten und Gemeingütern, entstand in mehreren Ländern der Widerstand gegen die Privatisierung der Wasserversorgung, der Bildung und des Gesundheitswesens. In Spanien kämpften Beschäftigte im Gesundheitsbereich monatelang durch Streiks und Demonstrationen („weiße Flut“, Marea blanca) gegen Kürzungen bei der medizinischen Versorgung und die Privatisierung von Krankenhäusern und Gesundheitszentren. In Italien und Griechenland fanden erfolgreiche Referenden gegen die Wasserprivatisierung statt. Die durch die Troika aufgezwungene Deregulierung führt außerdem zu einer Zunahme sozial und ökologisch schädlicher Großprojekte, von Goldminen bis zu Hotel-Neubauten, gegen die sich Widerstand von unten formiert.

Gleichzeitig entstehen in mehreren von der Krise betroffenen Ländern Netzwerke aus Solidaritätsprojekten. Beispiel dafür ist das Netzwerk „Solidarity4all“ und der Alternativenkongress in Griechenland, unterstützt durch Solidaritätsinitiativen in mehreren Ländern. Praktisch geht es dabei um den Aufbau von Sozialkliniken und Apothe-

ken, Sozialküchen, Lebensmittelkooperativen, Tauschläden und selbstorganisierten Unterricht. Gleichzeitig sind die Ziele aber immer politisch, richten sich gegen den sozialen Zerfall der Gesellschaft, gegen Rassismus und Faschismus und sollen eine Solidarisierung gegen die Krisenpolitik bewirken. Dazu gehört auch die Besetzung von Fabriken und Weiterführung in Selbstverwaltung, wie bei VIO.ME in Griechenland.

Linke und neue Parteien – der Weg durch die Institutionen

Anfang 2012 wurde Syriza als linke Partei gegründet, entstanden aus einem breiten, klar linksgerichteten Wahlbündnis. Sie entwickelte ihr Programm als deutliche Abkehr von der Umsetzung der Troika-Politik, etwa durch Rückkehr zur staatlichen Daseinsvorsorge, Recht auf Gesundheitsversorgung und Bildung, Einführung von Referenden, Forderung einer anderen EZB-Politik. Damit wurde sie die wichtigste Opposition zur Regierungspolitik, bei den Parlamentswahlen 2012 zweitstärkste Kraft und gewann die Europawahl 2014. Eine ähnliche linke Liste entstand zur Europawahl in Spanien.

Die spanische Partei „Podemos“ entwickelte sich aus der Demokratiebewegung. Sie versucht, möglichst weitgehend deren Vernetzung in den Graswurzelninitiativen, ihre Arbeitsweise und Kommunikation in die Parteiarbeit zu übernehmen. Schon wenige Monate nach ihrer Gründung zog sie unabhängig von der Linkspartei „Izquierda Unida“ ins Europaparlament ein.

Die große Bedeutung der linken Parteien ergibt sich aus der Notwendigkeit einer starken Opposition mit Machtperspektive gegen die in vielen Ländern regierenden Großen Koalitionen der Troika-Politik. Sie bemühen sich, wie auch Teile des linksgrünen Spektrums, um aktive Unterstützung der Protestbewegungen. Damit sind sie gleichzeitig eine wichtige Kraft gegen die aufkommenden nationalistischen Akteure.

Aktionen gegen Kapitalismus, Nationalismus, Rassismus, Faschismus

Spätestens die Europawahl 2014 macht das europaweite Aufkommen rechtspopulistischer und neofaschistischer Parteien und Organisationen offensichtlich. Diese nutzen die Angst der zunehmend vom sozialen Absturz bedrohten Gesellschaftsschichten für ihre Ziele. So kritisieren diese Parteien die EU-Krisenpolitik ebenso wie die TTIP-Verhandlungen aus einer nationalistischen Position, vertreten gleichzeitig eine reaktionäre, elitäre, die bestehende soziale und globale Spaltung vertiefende, rassistisch ausgrenzende, in einigen Fällen offen faschistische Politik. Dagegen stellen sich überall in Europa antikapitalistische und antiautoritäre Netzwerke, NoBorder- und Antifa-Bündnisse und weitere emanzipatorische Netzwerke wie Attac. Sie treten gleichzeitig, gemeinsam mit Geflüchteten, gegen Abschiebung und für Bewegungsfreiheit ein und für die Rechte von Migrant_innen.

Von „Wir zahlen nicht für eure Krise“ bis „Umverteilen“

Im Gegensatz zu den von der Krise am meisten betroffenen Ländern war die Dynamik für Massenproteste gegen die EU-Krisenpolitik in der Bundesrepublik rasch abnehmend. Im März 2009, kurz vor dem G20-Gipfel, demonstrierten unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ insgesamt über 50 000 Menschen in Berlin und Frankfurt gegen Sozialkürzungen, für Mindestlohn und Bankenregulierung. Aufgerufen hatte ein Bündnis aus Attac, Gewerkschaften, sozial-, entwicklungs- und umweltpolitischen Gruppen, Migrant_innenverbänden, antikapitalistischen Netzwerken, kirchlichen Gruppen, Die Linke und Bündnis90/Die Grünen. Zeitgleich fanden Großdemonstrationen in mehreren europäischen Ländern statt.

Ende 2011, während in Spanien die Indignados zu Hunderttausenden auf die Plätze gingen, Griechenland in die Katastrophe geriet und europäische soziale Bewegungen auf Protest in der Bundesrepublik warteten, brachte das Bündnis „Banken in die Schranken“ gerade noch 10 000 bis 15 000 Menschen auf die Straße. Zu ähnlicher Beteiligung führte 2012 der Versuch unter anderem von Gewerkschaften, Sozialverbänden und Attac, eine Kampagne gegen die massiv ungleiche Vermögensverteilung (einen der Krisenauslöser) zu machen. Die folgende Bundestagswahl 2013 bedeutete ein krisenpolitisches Weiter-so.

Blockupy – Widerstand „im Herzen des europäischen Krisenregimes“ und europaweit

In dieser Situation stellte sich die Frage, wie trotzdem laute und entschiedene Proteste gegen die verheerende Austeritätspolitik gerade in dem Land gelingen können, das diese Politik maßgeblich vorantreibt und durch seine Niedriglohnpolitik zur Krise beiträgt. Daraus entstand unter Beteiligung von Attac-Aktiven Ende 2011 Blockupy als Bündnisprojekt. Die zentralen Punkte:

- Die Austeritätspolitik wird in der Logik des Kapitalismus gesehen. Ihre Folgen sind so existenziell („Austerity kills“) und durch den Einsatz autoritärer Elemente sowie den rechtspopulistischen Reflex darauf demokratiegefährdend, dass Aktionen des zivilen Ungehorsams eine angemessene und nötige Antwort sind. Gegenstand der Blockaden ist derzeit vor allem die EZB als zentraler Akteur der Troika.
- Dieser Ungehorsam ist gesellschaftlich wirksam in einem breiten Bündnis (vergleichbar mit 2009). Das heißt dann auch: Er wird gemeinsam vorbereitet, öffentlich angekündigt mit absolut verlässlichem Konsens und begleitet durch eine möglichst große Demonstration mit niedriger Mitmach-Schwelle.
- Das Bündnis setzt von Anfang an auf europaweite Zusammenarbeit.

Im Mai 2012 kamen etwa 4 000 Aktive zur EZB-Blockade nach Frankfurt, etwa 30 000 aus unterschied-

lichen Ländern zur Demonstration. Die Blockade des gesamten Finanzviertels übernahm die Polizei sehr wirksam selbst. 2013 rief das Blockupy-Bündnis erneut nach Frankfurt. Die Beteiligung war vergleichbar, feministische Gruppen kamen hinzu, diesmal blockierten die Aktiven erfolgreich und protestierten in einer „zweiten Welle“ gegen markante Krisenakteure und –folgen wie Zwangsräumungen, ausbeutende Produktion, Abschiebungen, Nahrungsmittelspekulation. Die Großdemonstration am Folgetag wurde dann ohne Anlass durch die Polizei gestoppt, 1 000 Demonstrant_innen waren über acht Stunden eingekesselt, die gesamte Großdemonstration blieb beim Kessel. Von Presseöffentlichkeit, bürgerrechtlichen Organisationen bis hin zur OSZE wurde dieser schwere Eingriff in die Versammlungsfreiheit heftig kritisiert, viele Frankfurter_innen kamen zu einer Solidaritätsdemonstration.

Ende 2013 entwickelte sich Blockupy zu einem grenzüberschreitenden, Netzwerk mit ersten Schritten zur internationalen Koordination. Gemeinsam mit etlichen befreundeten Gruppen und Netzwerken bereitete Blockupy zur Europawahl 2014 den „May of Solidarity“ vor, europaweite Aktionstage gegen Austeritätspolitik und Rechtspopulismus. Inzwischen lud das Bündnis zu mehreren transnationalen Aktionskonferenzen ein, die nächste ist das Frankfurter „Blockupy-Festival“ im November 2014. Und ebenfalls europäisch mobilisiert Blockupy zu Protesten gegen die auf 2015 verschobene Eröffnung des EZB-Neubaus. So ist Blockupy inzwischen zweierlei, Mobilisierung zu den dringend nötigen, auch bewusst ungehorsamen Krisenprotesten in der Bundesrepublik und eines der Netzwerke, die derzeit Räume für Debatten und gemeinsame Aktionen anbieten für ein europaweites Movement-Building.

Alter Summit – Plattform für gemeinsame Aktionen

Von Gewerkschaften, Sozialbewegungen und Organisationen aus ganz Europa wurde Ende 2012 ein Netzwerk gegründet, auch Attac beteiligt sich daran. Ziel ist, nach dem geringen Erfolg des Europäischen Sozialforums ESF, eine europäische soziale Bewegung zu schaffen, die gemeinsame Aktionen durchführen kann und politisch wirksam ist. Das Manifest von Alter Summit „Für ein demokratisches, soziales, ökologisches und feministisches Europa“ (Juni 2013, Link am Ende der Broschüre) nennt gemeinsame politische Ziele und Alternativen: „Den erzwungenen Schuldendienst beenden – Für ein ökologisches und soziales Europa – Rechte für alle: Nein zu Armut und Unsicherheit! – Für eine demokratische Wirtschaftsordnung: Banken müssen dem Gemeinwohl dienen.“ Damit schafft das Manifest eine Minimalplattform für gemeinsame Aktionen, um die Kräfteverhältnisse so zu verändern, „dass diese Alternativen auch realisiert und politische Prozesse in Gang gesetzt werden können, die das europäische Projekt auf den Weg der Demokratie und eines sozialen und ökologischen Fortschritts zurückbringen.“

Im Jahr 2014 hat sich Alter Summit auf drei Ziele konzentriert:

- gegen TTIP, CETA, TiSA: gemeinsame dezentrale Aktionen
- gegen das Europa der Austeritätspolitik und die Diktatur der Troika: Aktionen zur Durchsetzung bzw. Verteidigung von sozialen und gewerkschaftlichen Rechten, aktive Teilnahme am „May of Solidarity“.
- gegen das Aufkommen von Rechtsextremismus und Faschismus: Durchführung einer Konferenz in Budapest und Vernetzung von Aktivitäten.

Sehr wichtig für eine Stärkung der europaweiten Bewegungen gegen Austeritätspolitik ist, dass Alter Summit – als ein Netzwerk unter prominenter Beteiligung von Gewerkschaften – für konkrete Aktionen aktiv die Zusammenarbeit mit weiteren Netzwerken sucht.

Herausforderungen, Chancen, Fragen

Diese wenigen Beispiele zeigen die Vielfalt der Akteure gegen das Krisenregime. Deren Vernetzung wurde in den vergangenen drei Jahren intensiver, der Blick auf Krise und Alternativen verändert sich dadurch bei allen Beteiligten.

Gleichzeitig sind die Erfolge der Proteste bisher ernüchternd. Die Instrumente der Krisenpolitik wurden Schritt für Schritt unter Umgehung der Bürger_innen durchgesetzt, die neoliberalen Strukturprogramme wurden trotz aller Kritik, auch aus dem Europäischen Parlament, nicht zurückgenommen, die großen Koalitionen des Status Quo wurden fast überall wiedergewählt. Die Rhetorik der Herrschenden wird softer, die Realität für Millionen Menschen dagegen härter. Mobilisierung ist schwierig in Zeiten der Unsicherheit und der ungleichzeitigen Entwicklungen. Die einen sind auf dem Weg in die Parlamente, andere kämpfen gegen Niedriglöhne und für Solidarprojekte, sind im Aufbruch, sind müde oder hoffen als Noch-nicht-Betroffene, davonzukommen, indem sie sich abschotten.

Wirksame Vernetzung benötigt offensichtlich zunächst reale Räume für Debatten und für gemeinsame Aktionen auf den Straßen und Plätzen, die die vielfältigen Akteure – Gruppen, Netzwerke, NGOs, Parteien – zusammenbringen. Wie finden wir dadurch Berührungspunkte und Gemeinsamkeiten unserer unterschiedlichen Netzwerke und Schwerpunkte? Welche starke Erzählung grenzüberschreitender Solidarität setzen wir dem kapitalistischen Narrativ entgegen? Wie verbinden wir sie mit sozialökologischen und feministischen Perspektiven? Wie kommunizieren und übersetzen wir diese Erzählung, machen sie in gemeinsamen, auch ungehorsamen, Aktionstagen genauso wie in Mobilisierungen der Stadtteile und Fabriken deutlich? Daran lohnt sich zu arbeiten: „Solidarity beyond borders – building democracy from below!“

6

Dabei sein, mitmachen – Wo kann ich aktiv werden?

In Attac wird an zahlreichen Stellen zur europäischen Krisenpolitik gearbeitet und jede dieser Gruppen braucht Verstärkung und steht offen für Menschen, die sich engagieren wollen, bei kreativen Aktionen oder bei der Diskussion über Alternativen. Denn Attac ist immer das, was die Aktiven gemeinsam daraus machen. Hier ist ein kleiner Überblick über verschiedene Einstiegspunkte.

Projektgruppe Eurokrise

www.attac.de/krisen

Die PG Eurokrise befasst sich unter anderem mit den ökonomischen Hintergründen der gegenwärtigen Krise. Sie sieht die Ursachen der Krise wie auch ihrer weiteren Mechanismen in der inhärenten Logik des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Die PG entwickelt Alternativen zur Austeritätspolitik, bereitet Kampagnen und Aktionen vor und bietet Informationsmaterial und Veranstaltungen an. Die PG-Aktiven arbeiten dazu in unterschiedlichen bundesweiten und europaweiten Netzwerken mit. Im Blockupy-Bündnis sowie in „Alter Summit“ und „EU in Crisis“ arbeitet die PG an der Vorbereitung möglichst breit getragener Proteste und an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gegen die Troika-Krisenpolitik.

AG Finanzmärkte und Steuern

www.attac-netzwerk.de/ag-finanzmarkt-steuern

Einer der Mechanismen der gegenwärtigen Krise liegt in der Deregulierung von Banken und Finanzmärkten. Ein Schwerpunkt der AG Finanzmärkte und Steuern ist die Erarbeitung konkreter Forderungen zur Regulierung von Finanzakteuren. In den vergangenen Monaten arbeitete die AG an einer Kampagne gegen die aggressive Steuervermeidung zahlreicher großer Unternehmen.

AG Jenseits des Wachstums

www.attac-netzwerk.de/jenseits-des-wachstums

Einen speziellen Fokus auf die Frage nach einer Wirtschaftsordnung, die sich vom Wachstumsdiktat verabschiedet, hat die AG Jenseits des Wachstum. Anknüpfend an die Feststellung, dass permanentes Wachstum weder ökologisch tragbar ist noch – vor allem mit Blick auf die zunehmende Ungleichverteilung des Reichtums – sozial gerecht, erarbeitet die AG Konzepte für eine alternative Wirtschaftsordnung.

AG genug für alle

www.grundeinkommen-attac.de

Die AG arbeitet zu den umlagfinanzierten Sozialsystemen und engagiert sich besonders für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Dazu ist sie aktiv im europäischen Netzwerk „Unconditional Basic Income Europe“, dem Organisationen aus 25 europäischen Ländern angehören.

Zum Weiterlesen

Attac-Texte und Internetseiten

- PG „Eurokrise“ (Homepage): Infos, Kampagnen, Material, Factsheets.
www.attac.de/krisen
- AG Finanzmärkte und Steuern (2013): Vorschläge zur Neuregulierung der Finanzmärkte.
www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/AGs/AG_Finanzmarkt___Steuern/Docs/Attac_AG_FinS_Positionspapier_Finanzmarktregulierung_6_13.pdf
- Erklärung Düsseldorf I (2008): Analyse der Krise.
www.casino-schliessen.de/4262
- Erklärung Düsseldorf II (2009): Bilanz der europäischen Krisenpolitik.
www.attac.de/uploads/media/Wir_zahlen_nicht_fuer_Eure_Krise_05.pdf
- Wissenschaftlicher Beirat (2012): Stellungnahme zur deutschen und europäischen Krisenpolitik.
www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Wissenschaftlicher_Beirat/Aufruf%20Krisenpolitik%20Beirat%20Attac.pdf
- Wissenschaftlicher Beirat (2014): Zu wenig, zu wirkungslos, zu viel Flickwerk! Stellungnahme zu den Finanzreformen der EU.
www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/Webredaktion/News/Stellungnahme_Finanzreformen_Wissenschaftlicher_Beirat_Attac.pdf
- Steffen Stierle und Anne Karrass (2011): Europakrise. Attac Basis-Text 39, VSA-Verlag

Weitere Links

- Blockupy (Homepage):
www.blockupy.org
- Alter Summit (Homepage):
www.altersummit.eu/?lang=de
- Solidarity4all (2013): Broschüre.
www.solidarity4all.gr/sites/www.solidarity4all.gr/files/deutsch.pdf
- Alternatives Handelsmandat (2013): Broschüre (Kurz- und Langfassung).
www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/hintergrund/alt-handelsmandat

IMPRESSUM

Oktober 2014
1. Auflage
800 Exemplare

AUTOR:INNEN:

Diese Broschüre ist ein Text der Attac Projektgruppe Eurokrise unter Mitarbeit von Aktiven der Attac AG Finanzmärkte und Steuern und der Hamburger Solidaritätsgruppe Griechenland

HERAUGEBER:

Attac Trägerverein e.V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt/M.
www.attac.de

V.I.S.D.P.

Karsten Peters, Attac
Münchener Str. 48,
60329 Frankfurt/M
eurokrise@attac.de

LAYOUT:

Diccy Studios

